



WerkStadt für Beteiligung
REPORT
2015 - 2021



WerkStadt für
Beteiligung
Potsdam mitgestalten

mit
Machen e.V.



WerkStadt für Beteiligung

REPORT

2015 - 2021

Impressum

Landeshauptstadt Potsdam ©
Der Oberbürgermeister
WerkStadt für Beteiligung

mitMachen e.V.
WerkStadt für Beteiligung
Potsdam

Konzeption: Sabine Finzelberg
Satz & Layout & Konzeption: Kati Schiemann

Bildnachweis

mitMachen e.V. © / Kostantin Börner (Seite 18, 19, 20, 21)
mitMachen e.V. © / Seite 39, 40, 41
Landeshauptstadt Potsdam © / Frank Daenzer (Seite 20, 38)
Stadtjugendring © / Seite 43, 46, 47
Privat / Seite 44, 50, 53, 60, 61, 69
Illustrationen: Sabine Finzelberg



Sehr geehrte Leser:innen,

vielen Dank, dass Sie den "Report der WerkStadt für Beteiligung 2015 bis 2021" zur Hand genommen haben.

Was ist das Ziel des Reports?

Dieser Report soll Ihnen auf lebendige Art die vielseitige Arbeit der WerkStadt für Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam in den Jahren 2015 bis 2021 vorstellen. Dabei ist es uns wichtig, Ihnen die Grundlagen und die Struktur der WerkStadt nahezubringen und Ihnen Einblicke in die praktische Arbeit anhand von Beispielen zu vermitteln.

Was ist die WerkStadt für Beteiligung?

Dies erläutern wir ausführlich im ersten Kapitel. Um Ihnen aber den Einstieg zu erleichtern, sei festgehalten, dass die WerkStadt für Beteiligung eine Kompetenzstelle zum Thema Beteiligung ist, in der die Perspektive der Zivilgesellschaft gleichberechtigt mit der Perspektive der kommunalen Verwaltung zusammenarbeitet. Dieser Umstand macht die WerkStadt zu einer (bisher) bundesweit einzigartigen Organisation.

Was erwartet Sie?

Im ersten Kapitel "Vorstellung" setzen wir uns mit den Fragen auseinander: Was ist die WerkStadt für Beteiligung? Wie ist sie aufgebaut? Auf welchen Grundsätzen und auf welchem Selbstverständnis basiert ihre Arbeit?

Im zweiten Kapitel "Rückblick" geben wir Ihnen einen Rückblick über die Jahre 2015 bis 2021. Hierbei stellen wir Ihnen ausgewählte Prozesse der Beteiligung, die von der WerkStadt begleitet wurden, anhand von übersichtlichen Steckbriefen vor. Dabei wollen wir Ihnen vor allem die Vielseitigkeit dieser Prozesse aufzeigen und weniger eine vollständige (und damit sehr lange) Aufzählung aller Prozesse, die die WerkStadt bearbeitet hat. Die Steckbriefe werden durch O-Töne von Menschen abgerundet, die an den beschriebenen Prozessen beteiligt

waren. Zudem bieten wir Ihnen einen kompakten Überblick in Zahlen und Diagrammen, der Ihnen weiteren Aufschluss zur konkreten Arbeit der WerkStadt für Beteiligung geben soll. Auch hierbei konzentrieren wir uns auf aussagekräftige Auszüge und nicht auf eine vollumfängliche (und damit sehr ausführliche) Darstellung.

Im dritten Kapitel "Fazit" ziehen wir ein Resümee aus der Arbeit der WerkStadt für Beteiligung der vergangenen Jahre.

Im vierten Kapitel finden sich Beiträge von Expert:innen, die die Arbeit der WerkStadt über Jahre hinweg begleitet haben und die sich in ihrer Tätigkeit aus unterschiedlichen Perspektiven heraus mit dem Thema Beteiligungskultur beschäftigen. Zu nennen sind hier Frau Gabriele Struck aus dem Beteiligungsrat der Landeshauptstadt Potsdam, Frau Dr. Bock und Frau Dr. Reimann vom Deutschen Institut für Urbanistik und Herr Dr. Prof. em. Heinz Kleger.

Aus unserem Fazit leiten wir im fünften Kapitel "Ausblick" eine Vorausschau auf die kommenden Jahre und die weitere Entwicklung der Arbeit der WerkStadt ab.

Während der Bericht der WerkStadt für Beteiligung von 2014 sich darauf konzentrierte, vollumfänglich alle durch die WerkStadt begleiteten Prozesse darzustellen, befasste sich die Evaluation von 2016 mit der wissenschaftlichen Analyse der Modellphase der WerkStadt von 2013 bis 2016, wobei strukturelle Elemente im Vordergrund standen.

Damit unterscheidet sich der vorliegende Report stark von dem Bericht und der Evaluation, da er sowohl strukturelle als auch prozessuale Aspekte umfasst, sich eher einer exemplarischen und leicht erfassbaren Darstellungsweise bedient und keinen Anspruch auf die vollständige Darstellung aller Sachverhalte erhebt, sondern einen lebendigen Eindruck der Arbeit der WerkStadt für Beteiligung vermitteln möchte.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und freuen uns, wenn Sie für einen Austausch Kontakt mit uns aufnehmen möchten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen das Team der WerkStadt für Beteiligung.

Wodurch unterscheidet sich dieser Bericht von vorherigen Berichten und Evaluationen?



VORWORT	04
Impressum, Bildnachweis	02
Vorwort	04
Inhalt	07
Grüßwort	08



1. VORSTELLUNG	10
1.1. Was ist die WerkStadt?	10
1.2. Grundsätze der Beteiligung	16
1.3. Das sind wir	18

2. RÜCKBLICK	22
2.1. Rückblick 2015 - 2021	22
2.2. Steckbriefe	32



3. FAZIT	54
-----------------	-----------

4. BEITRÄGE VON WEGBEGLEITER:INNEN DER WfB	60
4.1. Beteiligungsrat	60
4.2. Deutsches Institut für Urbanistik	62
4.3. Prof. Dr. phil. em. Heinz Kleger	66



5. AUSBLICK	72
--------------------	-----------





Von Heike Bojunga, Leiterin des Fachbereiches Kommunikation und Partizipation (99) der Landeshauptstadt Potsdam.

Gelebte Demokratie

Wie wollen wir in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft zusammenleben? In den vergangenen Jahren stellten sich viele gesellschaftliche Fragen auf einmal zugespitzter. Ungleichheiten und polarisierende Haltungen wurden gerade in den Krisenzeiten stärker sichtbar, die Herausforderungen eines schnelllebigen Alltags in einer digitalen Welt waren deutlich spürbar.

In einer solchen Situation merken wir, wie wichtig ein demokratischer Rechtsstaat in unserem Alltag ist – die Tagespolitik verhandelt existenzielle Fragen. Die Aufgabe, einen Umgang mit den Krisenerscheinungen dieser Zeit zu finden und einen guten Rahmen für Teilhabe und Zusammenhalt zu schaffen, stellt sich insbesondere auch auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig fragen sich viele Menschen: Wo kann ich in meinem direkten Umfeld wirksam werden? Kann ich überhaupt noch etwas verändern?

Daraus ergeben sich auch Herausforderungen für die Bürgerbeteiligung. Denn gute Entscheidungen für die Stadt werden wir als Gesellschaft nur treffen, indem wir Lösungen gemeinsam entwickeln, verschiedene Perspektiven verbinden und auf das Wissen und die Erfahrungen der Stadtgesellschaft aufbauen. So schaffen wir Grundvoraussetzungen, um Belastungen abzufedern und aktiv mit ihnen umgehen zu können. Beteiligung heißt dann, demokratische Teilhabe und ein solidarisches Miteinander spürbar und wirksam zu machen.

Potsdam schuf bereits vor fast zehn Jahren (seit 2013) wichtige Voraussetzungen dafür. Seitdem wurde viel erreicht: Die Grundsätze der Beteiligung wie Transparenz, frühzeitige Information und Verbindlichkeit entwickelten sich zu einer wichtigen Orientierung bei der Ausgestaltung von Teilnahmeverfahren. Die WerkStadt berät die Verwaltung und die Einwohner:innen zu Teilnahmeprozessen und trägt dafür Sorge, dass deren Ergebnisse auch wirksam umgesetzt werden. Die enge Zusammenarbeit in der Doppelstruktur mit verwaltungsinternem und externem Büro hat sich über viele Jahre bewährt und wird mit Beschluss des Hauptausschusses (21/SVV/1053) seit Februar 2023 weitergeführt. Dabei zeigt der Blick auf die Arbeit der vergangenen Jahre, wie sehr Kompetenz und Erfahrungswissen die Durchführung von großangelegten Teilnahmeverfahren unterstützen. Das ist mit ein Grund dafür, dass die Bürgerbeteiligung im Bewusstsein der Stadtgesellschaft besonders stark verankert ist.

„Gute“ Beteiligung setzt die Aktivierung von möglichst allen Gruppen der Gesellschaft voraus. Für die Zukunft sollen Beteiligung und Antidiskriminierungsarbeit noch stärker zusammen gedacht werden. Die WerkStadt hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, Formate und Angebote bekannter und noch leichter zugänglich zu machen. Eine umfassende und zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit gehört deshalb ebenso zu den Arbeitsschwerpunkten wie der Ausbau digitaler Beteiligungsmöglichkeiten. Der Teilnahmerat begleitet die WerkStadt dabei als zuverlässiges Gremium, das immer wieder wichtige Impulse für bessere Bedingungen und neue Formate zur Beteiligung setzt.

Als bürgerorientierte „Stadt für Alle“ profitiert Potsdam von den Ideen und dem Engagement einer weltoffenen Zivilgesellschaft, die sich über Teilnahmeprozesse aktiv in die Stadtgestaltung einbringt. Das ist ein Schatz, gerade mit Blick auf die Herausforderungen der Zukunft. Das „Potsdamer Modell für Bürgerbeteiligung“ kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, diese Herausforderungen gemeinsam zu meistern.



VORSTELLUNG

1.1. Was ist die WerkStadt für Beteiligung?

Was ist die WerkStadt für Beteiligung?

Man kann die WerkStadt für Beteiligung als kommunale Kompetenzstelle für Demokratie, Partizipation und Beteiligung verstehen. Mit allen Bereichen, die dies umfassen kann: Analyse von Beteiligungsprozessen, Prozessdesign und Prozessgestaltung, Moderation, Konfliktberatung und Mediation, Beratung, Schulung und Coaching, Begleitung, Unterstützung und Organisation von demokratischen Prozessen, Monitoring, Konzeptentwicklung und so weiter.

Hierbei stehen folgende Kompetenzen und Aufgaben im Mittelpunkt der Arbeit: Organisation von formellen und informellen Prozessen der Beteiligung, Fähigkeiten der Selbstorganisation in zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit, Fähigkeiten der interpersonellen und interorganisationalen Verhandlung und Konfliktbewältigung sowie die Begleitung und Zugänglichmachung von demokratischen Prozessen in den verfassten Gremien der repräsentativen kommunalen Demokratie, aber auch der dazugehörigen direktdemokratischen Elemente unserer Kommunalverfassung.

Aber mit einer reinen Aufgabenbeschreibung würde man den eigentlichen Ansatz der WerkStadt übersehen.

Basierend auf der Annahme, dass demokratische Partizipation und Beteiligung gestärkt und ausgebaut werden muss und dass dies aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive genauso wie aus einer verwaltungsseitig geprägten Perspektive heraus geschehen muss, hat die WerkStadt für Beteiligung als kommunale Kompetenzstelle eine zweiteilige Struktur.

Die Perspektive der Zivilgesellschaft ist geprägt von einem Blick durch die Augen der Einwohner:innen und orientiert sich unter anderem an folgenden Fragen: Welche Themen sind ihnen wichtig? Wie können und wollen sie sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen? Welche ihrer vielfältigen Kompetenzen und Ressourcen bringen sie ein und wo benötigen sie Unterstützung? Wie lässt sich die Wirksamkeit ihrer Engagements stärken und aufzeigen?

Die Perspektive der Verwaltung hingegen orientiert sich unter anderem an folgenden Fragen: Welche Beteiligungsangebote der Verwaltung sind für Einwohner:innen interessant und wie müssen diese gestaltet sein, damit sich Interessierte beteiligen können? Wie lassen sich gute Beteiligungsprozesse aus der Verwaltung heraus organisieren? Wie fließen die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen in das Handeln der Verwaltung ein? Welche Strukturen kann die Verwaltung entwickeln, um förderliche Bedingungen für Beteiligung zu schaffen?

In der WerkStadt kooperiert ein zivilgesellschaftlich geprägtes Team mit einem Team im öffentlichen Dienst auf täglicher Basis. So können sich beide Perspektiven auf das Thema Beteiligung gegenseitig ergänzen und sinnvoll ineinandergreifen, sich aber auch im produktiven Dissens miteinander entwickeln und überprüfen.

Zudem werden so beide (modellhaften) Pole der Beteiligung gleichmäßig berücksichtigt: Aus der Verwaltung heraus in die Stadtgesellschaft (Top-down) und aus der Stadtgesellschaft in die Verwaltung hinein (Bottom-up). Wobei bei Letzterem auch der Aspekt der Selbstorganisation eine wesentliche Rolle spielt. Ohne dass dabei immer die Verwaltung als Adressatin, sondern vielmehr die Zivilgesellschaft in ihren vielfältigen Formen im Mittelpunkt steht. Oft stellt sich bei Bottom-up nämlich nicht nur die Frage, wie Verwaltung und Politik angesprochen werden können, sondern vor allem, wie sich Akteur:innen der Zivilgesellschaft selbstständig organisieren können, um ihre Ziele zu erreichen.

Warum ist die WerkStadt für Beteiligung eine einzigartige Einrichtung?

Warum gibt es einen Bedarf nach einer Organisation wie der WerkStadt?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns die Zusammenhänge verdeutlichen, in denen sich Beteiligung in unserer Stadt abspielt. Daher ein kurzer Exkurs dazu:

Potsdam ist eine lebendige und in ständiger Entwicklung befindliche Stadt. In ihr leben viele unterschiedliche Menschen, die in verschiedenen Gruppen diverse Ansprüche an die Stadt und ihr Leben darin stellen.

Aufgabe unserer kommunalen (und gesamten) Demokratie ist es, die Verhandlung und Umsetzung dieser unterschiedlichen Interessen in einem geordneten und für alle gleichmäßig zugänglichen System zu ermöglichen.

Idealerweise findet ein wesentlicher Teil dieser Verhandlung im Rahmen unserer repräsentativ verfassten demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung statt: Wir wählen regelmäßig Kandidat:innen als Verordnete in die Stadtverordnetenversammlung.

Diese fungiert als Kontrollorgan der Verwaltung und bestimmt zusammen mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister nach dem Mehrheitsprinzip den „Kurs“ im Rahmen ihrer Kompetenzen. Bund und Länder teilen sich viele Kompetenzen mit der Kommune, sodass sich ein komplexes Zusammenspiel dieser Ebenen ergibt.

Dem folgend setzt die kommunale Verwaltung im Rahmen der gültigen Bundes- und Landesgesetze sowie der durch die Stadtverordnetenversammlung erlassenen Satzungen durch ihr Handeln die getroffenen Beschlüsse um. Sie gestaltet so maßgeblich unsere Stadt auf Basis des durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willens der Mehrheit der Einwohner:innen Potsdams.

Selbstverständlich spielen aber auch die vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen und privaten sowie kommunalen Unternehmen in Potsdam eine wesentliche Rolle.

Einwohner:innen haben jedoch auch darüber hinaus ein ganze Reihe an Möglichkeiten, sich in die Entwicklung der Stadt in ihrem Sinne einzubringen:

Sie können (im positiven Sinne) Lobbyarbeit betreiben und sich mit den Stadtverordneten und deren Fraktionen in Verbindung setzen. Sie können sich zu Initiativen zusammenschließen, Pressearbeit machen, Demonstrationen und öffentliche Aktionen organisieren – also ihr Recht auf freie Meinungsäußerung im öffentlichen Diskurs nutzen.

Einwohner:innen können aber auch ihre rechtlichen Möglichkeiten nutzen und zu gewissen Entscheidungen der Verwaltung zum Beispiel die zuständigen Gerichte anrufen.

Außerdem sieht unsere Kommunalverfassung unterschiedliche Möglichkeiten zur direkten Demokratie vor: So können Einwohner:innen regelmäßig Fragen an den Oberbürgermeister im Zuge der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung richten oder mittels Unterschriftensammlung die Verwaltung auffordern, zu angeforderten Themen Einwohner:innen-Versammlungen in den fraglichen Stadtteilen abzuhalten und anderes mehr.

Ebenso besteht regelmäßig die Möglichkeit, an Beteiligungsprozessen teilzunehmen, die durch die Verwaltung aufgesetzt werden. Hierzu zählen zum Beispiel Umfragen, Werkstätten und die Sprechstunden des Oberbürgermeisters. Diese Beteiligungsprozesse sollen den oben beschriebenen repräsentativ-demokratischen Verhandlungsweg ergänzen und bereichern. Sie werden auch Top-down-Beteiligung genannt.

Hierbei gilt es, zwischen formellen und informellen Beteiligungsprozessen zu unterscheiden.

Formelle Prozesse sind in unterschiedlicher Form gesetzlich festgesetzt. Die Beteiligung an der Bauleitplanung im Zuge der Erstellung von Bebauungsplänen gehört zum Beispiel in diesen Bereich.

Informelle Prozesse sind nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern können nach eigenem Ermessen durch die Verwaltung durchgeführt werden. Hier gibt es ein breites Spektrum an Möglichkeiten: Zum Beispiel den Beteiligungsprozess zum Leitbild Potsdams oder die vielen Werkstätten zu Fragen der Stadtentwicklung wie etwa dem Innenstadt-Verkehrskonzept oder die Dialoge des Oberbürgermeisters in den Stadtteilen und viele andere.

Die Ergänzung von formellen Prozessen durch informelle Angebote sind gute Gelegenheiten, um über den zum Teil engen gesetzlichen Rahmen von Beteiligung hinauszugehen. So können vor allem zusätzliche Stimmen aus den Reihen der Einwohner:innen einbezogen werden. Wichtig ist aber auch, dass durch informelle Beteiligung besser auf aktuelle Entwicklungen reagiert werden kann und sich neue Konzepte und Ansätze von Beteiligung leichter erproben lassen.

Genauso können Einwohner:innen aber auch selbst Beteiligungsprozesse starten: Zum Beispiel indem sie sich zusammentun und ein Stadtteilnetzwerk gründen, das sich mit lokalen Themen befasst und versucht positive Entwicklungen aktiv vor Ort aber auch politisch anzuschließen - um nur eine Variante unter vielen zu nennen. Diese Prozesse werden auch Bottom-up-Beteiligung genannt.

An dieser Stelle wollen wir unseren Exkurs beenden und haben in dieser Kürze nur einige wesentliche Aspekte kommunaler Demokratie und Beteiligungskultur aufgezeigt. Betrachtet man allein diese unvollständige Auflistung, wird klar, wie komplex und miteinander

verwoben die unterschiedlichen Komponenten der Beteiligung in Potsdam sind.

Und vor diesem Hintergrund erklärt sich der Bedarf nach einer Einrichtung wie der WerkStadt für Beteiligung. Viele Einwohner:innen und Mitarbeiter:innen der Verwaltung haben Fragen zum Thema: Wie kann ich Beteiligung anstoßen? Wie organisiere ich einen Beteiligungsprozess? Worauf muss ich dabei achten? Wie beziehe ich viele Gruppen ein? Wie baue ich meine Stadtteilinitiative auf? Wie erreiche ich die Stadtverordneten und die Presse? Worauf ist zu achten, wenn ich eine Einwohner:innen-Versammlung oder eine Demonstration organisieren möchte? Welche Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung ermöglichen es, die Sichtweisen der Einwohner:innen in politische Entscheidungen einfließen zu lassen? Und so weiter und so fort.

Neben der Klärung der erwähnten Fragestellungen ergeben sich aber auch Bedarfe nach praktischer Unterstützung bei der Umsetzung von demokratischen Beteiligungsprozessen: Wer moderiert meine Veranstaltung? Wer protokolliert sie? Wer kann mir zeigen, wie ich das selbst machen kann? Wer kann mich mit den richtigen Stellen in der Verwaltung oder der Zivilgesellschaft in Kontakt bringen? Wer gibt mir wichtige Tipps, wenn ich meine erste öffentliche Rede halten oder meine erste Pressemitteilung schreiben möchte? Wer zeigt mir, wie ich Beschlussvorlagen im Ratsinformationssystem oder die passende Gesetzeslage zu formaler Beteiligung finde? Und so weiter und so fort.

Für diese Fragen und Unterstützungsbedarf ist die WerkStadt eine Anlaufstelle, an die Einwohner:innen und Mitarbeiter:innen der Verwaltung sich wenden können. Die WerkStadt ballt entsprechende Kompetenzen und macht sie für Zivilgesellschaft und Verwaltung, aber auch Stadtverordnete abrufbar.

Unsere kommunale Demokratie ist ein hohes Gut und muss gepflegt und gelebt werden. Das braucht Zeit, Wissen und unermüdliches Engagement der Einwohner:innen, der Kolleg:innen in der Verwaltung und den Stadtverordneten unserer Stadt.

Dabei steht Ihnen die WerkStadt mit Rat und Tat zu Seite.



VORSTELLUNG

1.2. Grundsätze der Beteiligung

Grundsätze der Beteiligung

Aus unserer Sicht legen die Potsdamer Grundsätze der Beteiligung einen wichtigen Grundstein, auf den wir aufbauen. Wir wollen sie als Qualitätsmerkmale von Beteiligung in Potsdam weiter stärken.

Die Grundsätze lauten:

- Verbindlichkeit
- frühzeitige Einbeziehung
- Informationsbereitstellung
- Kommunikation
- Aktivierung
- Anerkennungskultur
- Chancengleichheit

Verbindlichkeit

Die Einwohner:innen brauchen die Gewissheit, dass ihre Vorschläge und Beiträge in Politik und Verwaltung gehört werden. Beteiligung als Ergänzung zu den bestehenden Formen der Demokratie braucht eine verbindliche Grundlage mit Blick auf Verfahren und Umgang mit Ergebnissen.

Frühzeitige Einbeziehung

Eine frühzeitige Einbeziehung der Einwohner:innen ist notwendig, damit Entscheidungen zu relevanten Fragen rechtzeitig gemeinsam erarbeitet werden können.

Informationsbereitstellung

Eine umfassende Information über alle relevanten Aspekte des jeweiligen Gegenstandes der Beteiligung ist unerlässlich. Alle relevanten Informationen sind daher rechtzeitig bereitzustellen und verständlich aufzubereiten.

Kommunikation

Die Kommunikationsform soll offen, konstruktiv und wertschätzend sein. Alle Beteiligten müssen mit ihren Bedürfnissen wahrgenommen, anerkannt und ernst genommen werden.

Aktivierung

Beteiligung setzt die Einbeziehung möglichst vieler interessierter Einwohner:innen voraus. Das Ziel ist daher, Menschen wirksam anzusprechen, niedrigschwellig einzubinden und langfristig zu motivieren.

Anerkennungskultur

Eine gegenseitige Kultur der Anerkennung und Wertschätzung soll Beteiligung prägen und die involvierten Personen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik auch bei unterschiedlichen inhaltlichen Auffassungen miteinander verbinden.

Chancengleichheit

Beteiligung zielt darauf ab, dass alle Einwohner:innen unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Alter, Sprachfähigkeit und anderen Faktoren die gleichen Chancen haben, sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einzubringen.

Wir nutzen hier den Begriff der Chancengleichheit statt den der Gleichbehandlung, da er unserer Ansicht nach besser zum Ausdruck bringt, worauf die Beteiligung der Einwohner:innen und die Arbeit der WerkStadt abzielen.



VORSTELLUNG



Kay-Uwe Kärsten

**seit der Gründung 2013
mitMachen e.V.**

... hat an der Universität Potsdam und der Freien Universität Berlin Geschichte und Japanologie studiert.

Er ist ausgebildeter Moderator und Mediator mit jahrelanger Berufserfahrung in Demokratie- und Konfliktarbeit sowie in der Beratung und Prozessbegleitung von Gruppen und Organisationen.

„Demokratie ist für mich eine zivilisatorische Errungenschaft, die es zu hegen und pflegen gilt. Sie ist aber keine feststehende Institution, sondern ein Prozess der stetigen Verhandlung und Veränderung. Ich möchte mit meiner Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Demokratie sich im Sinne von Partizipation, Chancengleichheit und Gemeinwohl entwickeln kann.“

Thomas Geisler

**seit der Gründung 2013
mitMachen e.V.**

... ist Diplom Politikwissenschaftler und studierte dazu an der Universität Potsdam.

Neben dem Studium war er international auf dem Feld der politischen Bildung tätig. So führte er u. a. Seminare zum Demokratieaufbau und Menschenrechten in Osteuropa durch.

Thomas Geisler ist Moderator und hat langjährige Erfahrung in der Beratung und Prozessbegleitung von Gruppen, der Konflikt- und Demokratiearbeit sowie dem Organisations- und Projektmanagement.



„Ich möchte mit meiner Arbeit Diskurse zugänglicher, nachvollziehbarer und mitgestaltbarer für alle machen. Besonders wichtig ist mir dabei, dass neben formeller Beteiligung (z. B. Wahlen), die Wege für informelle Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen und diese stärker zu etablieren. Gleichzeitig ist es mir sehr wichtig, dass ehrenamtliches Engagement Anerkennung und Wertschätzung erfährt.“

Sabine Finzelberg

seit September 2017
mitMachen e.V.

... hat an der Fachhochschule
Potsdam Soziale Arbeit studiert.

Von 2010 bis 2017 war sie als
Geschäftsführung des studentischen
Kulturzentrums in Potsdam tätig.

Sie bringt umfangreiche Erfahrungen
aus den Bereichen (hochschul-)
politische Gremienarbeit, Vermittlung
und Vernetzung sowie Projekt- und
Veranstaltungsmanagement mit.

Sie ergänzt das Portfolio der WerkStadt
durch Flipchartgestaltungen,
Visualisierungen und Erstellen von
Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit.



„Was mich besonders bewegt, sind die Momente, in denen ich Menschen begegnen und dabei unterstützen darf, mit ihren Anliegen gehört und ernst genommen zu werden. Im Besten Fall ergeben sich daraus auch wirksame/echte Einflussmöglichkeiten in Entscheidungsprozessen. Mir ist es besonders wichtig, im Beteiligungsprozess vielfältige Perspektiven einfließen zu lassen. Ich setze mich dafür ein, sowohl die Ideen, Wünsche und Anliegen von Kindern und Jugendlichen als auch das Engagement von Initiativen und Aktiven sichtbar zu machen und zu stärken.“

Sabine Pommerening

seit März 2023
Landeshauptstadt Potsdam

... hat Sozialwissenschaften studiert
und war jahrelang in der IT in der
Betreuung von Partnern tätig. Im
Zentrum ihrer Interessen steht der
Mensch, weswegen sie mehrere
Weiterbildungen im Bereich Coaching
absolviert hat und lebensverändernde
Prozesse begleitet.



„Ich arbeite in der WerkStadt für Beteiligung, weil ich davon überzeugt bin, dass die aktive Beteiligung der Einwohnerschaft an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen entscheidend ist, um nachhaltige und zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln. Jeder einzelne Beitrag trägt zur Stärkung der Grundprinzipien der Demokratie und zur Schaffung einer gerechten und inklusiven Gesellschaft bei.“

André Mazloumian

seit November 2021
Landeshauptstadt Potsdam

... hat in Berlin Jura, Wirtschafts-
wissenschaften und Politik studiert und
ist Projektmanager und Dialogmodera-
tor. Außerdem hat er jahrelange
Erfahrung im Bereich der Demokratie-
förderung sowie der Kinder-, Jugend-
und Erwachsenenbildung sammeln
können.

Sein Schwerpunkt war dabei die
Inklusionsförderung von Menschen aus
finanzschwachen und bildungsfernen
Haushalten.



„Ich arbeite in der WfB, weil wir die gute Seite der Macht sind. Demokratie lebt von Beteiligung und wir haben das wunderschöne Ziel, Menschen hier in Potsdam dabei zu unterstützen, ihre Perspektiven wirksam einzubringen.“



„Ich arbeite in der WerkStadt für Beteiligung, weil wir Beteiligung und Antidiskriminierungsarbeit zusammenführen und die Bedingungen politischer Teilhabe in den Blick nehmen und verändern wollen.“

Sophia Ermert

seit März 2020
Landeshauptstadt Potsdam

... befasst sich seit vielen Jahren mit
den Bedingungen politischen Handelns
und der Frage, wie sich
Diskussionsräume für möglichst viele
zugänglich gestalten lassen.

Sie hat an der Universität Potsdam
Philosophie und an der Humboldt-
Universität Gender Studies studiert.



RÜCKBLICK



Die WerkStadt für Beteiligung arbeitet seit Oktober 2013 in Potsdam. Für die Jahre 2013 und 2014 hat sie 2015 bereits einen Bericht veröffentlicht. Mit dem Report, den Sie in Ihren Händen halten oder am Bildschirm lesen, berichten wir über die Arbeit der WerkStadt in der Zeit von 2015 bis 2021.

Hierzu haben wir in einigen übersichtlichen Diagrammen die wichtigsten Zahlen für Sie zusammengestellt, um Ihnen einen schnellen Überblick über die Arbeit der WerkStadt in den erwähnten sieben Jahren zu ermöglichen. Sie finden Übersichten zu folgenden Fragestellungen:

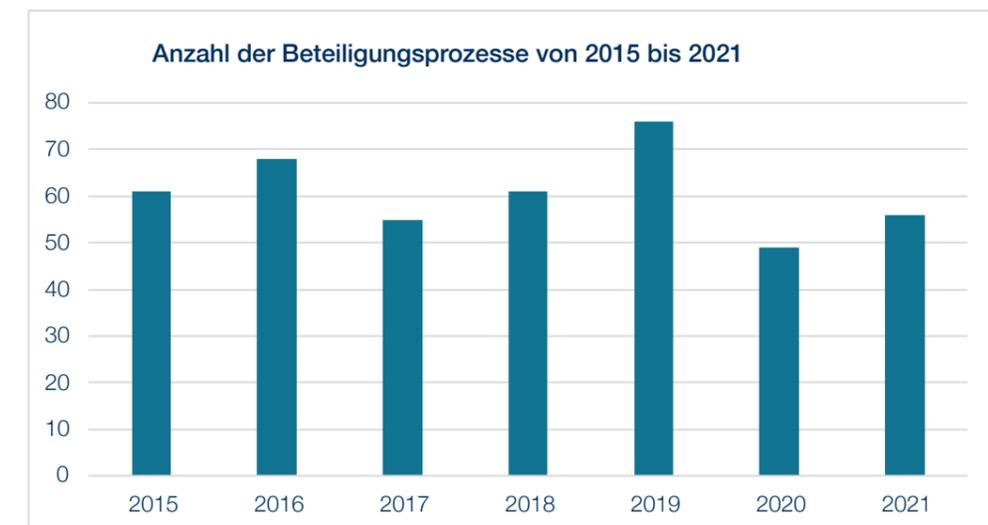
- Wie viele Beteiligungsprozesse hat die WerkStadt von 2015 bis 2021 bearbeitet und wie verteilen sich diese über die Jahre?
- Wie verteilen sich diese Beteiligungsprozesse auf die beiden Richtungen der Beteiligung – Top-down und Bottom-up – insgesamt und nach Jahren aufgeschlüsselt?
- Mit welchen Dialoggruppen hat die WerkStadt zusammengearbeitet und wie gestaltet sich die Verteilung der Arbeit der WerkStadt?
- Welche Tätigkeiten hat die WerkStadt in ihrer Arbeit ausgeführt und wie verteilen sich diese?

Sie finden zu jeder Frage ein Diagramm (oder mehrere) und eine Erläuterung, was Sie in diesem Diagramm ablesen können.

Die WerkStadt für Beteiligung berät und begleitet Menschen, die entweder Beteiligungsprozesse selbst organisieren oder Menschen, die sich in Beteiligungsprozesse einbringen möchten. Das bedeutet, dass jeder Prozess für eine Vielzahl an Veranstaltungen, Beratungsgesprächen und anderen Tätigkeiten wie Schulungen und so weiter steht. Für eine übersichtliche Darstellung haben wir diese Vielzahl aber zu einzelnen Prozessen zusammengefasst. Jeder Prozess steht dabei für ein Thema in Potsdam, zu dem eine Beteiligung organisiert wurde.

In den sieben Jahren von 2015 bis 2021 hat die WerkStadt insgesamt 426 Beteiligungsprozesse begleitet - wobei sich viele Prozesse über mehrere Jahre erstrecken und daher pro Jahr erneut gezählt werden müssen. In der Darstellungen können Sie die Verteilung dieser Prozesse über die einzelnen Jahre ablesen:

Wie viele Beteiligungsprozesse hat die WerkStadt von 2015 bis 2021 bearbeitet und wie verteilen sich diese über die Jahre?



2015: 61, 2016: 68, 2017: 55, 2018: 61, 2019: 76, 2020: 49, 2021: 56

Im Durchschnitt hat die WerkStadt damit pro Jahr 61 Beteiligungsprozesse bearbeitet. Über die Jahre verteilt lassen sich Schwankungen in der Anzahl der Prozesse beobachten. Das ergibt sich einerseits aus allgemeinen Faktoren:

- In der kommunalen Politik entstehen immer unterschiedliche Themen. Sie gewinnen und verlieren an Bedeutung und Aufmerksamkeit. Nicht aus jedem Thema entsteht ein Beteiligungsprozess und nicht jeder Beteiligungsprozess wird an die WerkStadt herangetragen.
- Beteiligungsprozesse können im damit verbundenen Aufwand sehr unterschiedlich sein. Die WerkStadt verfügt aber nur über eine begrenzte Kapazität zur Bearbeitung von Beteiligungsprozessen und muss daher aus den an sie gerichteten Anfragen eine Auswahl treffen.

Andererseits haben die Jahre 2020 und 2021 aufgrund der Corona-Pandemie einen besonderen Verlauf genommen:

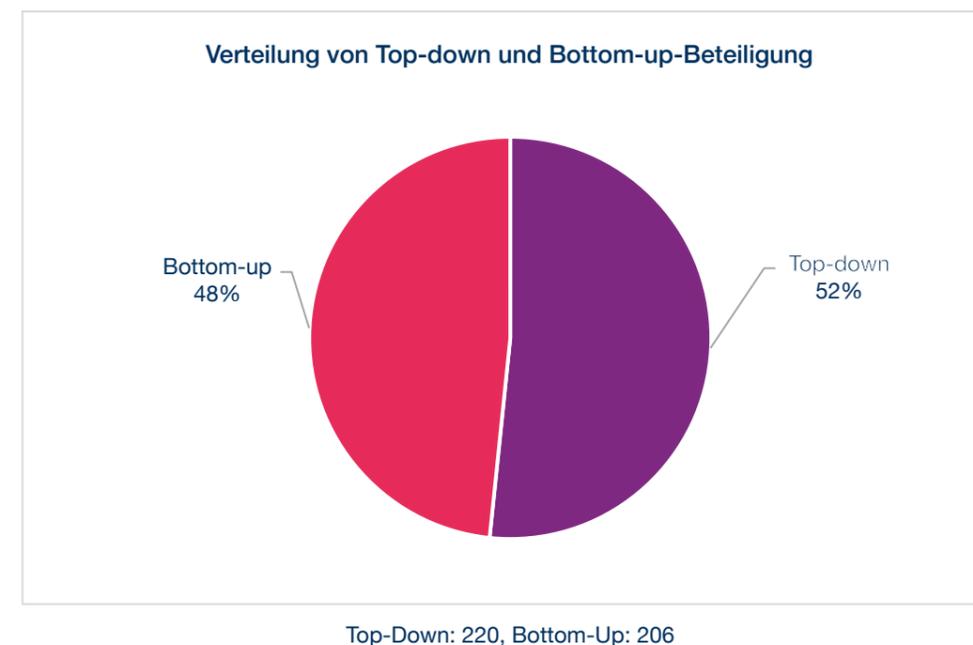
- 2020 war von großer Unsicherheit geprägt, die sich stark auf die Anzahl und die Art und Weise der Umsetzung von Beteiligungsprozessen ausgewirkt hat. Viele Beteiligungsprozesse wurden vorübergehend pausiert oder ganz ausgesetzt.
- 2021 konnten aufgrund der gesammelten Erfahrungen und der zunehmenden Sicherheit im Umgang mit Corona wieder mehr Beteiligungsprozesse (die in der Regel auch direkte menschliche Begegnung umfassen) im Rahmen der jeweils gültigen Gesundheitsschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Wie verteilen sich diese Beteiligungsprozesse auf die beiden Richtungen der Beteiligung insgesamt und nach Jahren aufgeschlüsselt?

Beteiligungsprozesse sind immer unterschiedlich und können nach mehreren Gesichtspunkten voneinander unterschieden werden. Ein wichtiger Gesichtspunkt in der Arbeit der WerkStadt für Beteiligung ist die Frage, von wem eine Beteiligung gestartet und organisiert wird. Dabei unterscheiden wir zwischen der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung auf der einen und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite. Wird ein Beteiligungsprozess von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und von der Verwaltung organisiert oder selbstständig von der Verwaltung gestartet, sprechen wir von Top-down. Wird ein Beteiligungsprozess von Menschen aus der Zivilgesellschaft gestartet, sprechen wir von Bottom-up. Dabei ist es egal, ob es sich um eine Einzelperson, eine Initiative oder einen Träger wie zum Beispiel den Stadtjugendring Potsdam e.V. handelt.

Mit dieser Einteilung geht für die Arbeit der WerkStadt keine Wertung einher. Top-down ist nicht wichtiger oder unwichtiger als Bottom-up und andersherum. Beide Richtungen sind für eine lebendige kommunale Demokratie unverzichtbar und sollen sich in der Arbeit der WerkStadt wiederfinden.

Die von der WerkStadt in den Jahren 2015 bis 2021 bearbeiteten Beteiligungsprozesse stellen sich unterschieden nach Top-down und Bottom-up prozentual wie folgt dar:



Mit 48 Prozent Bottom-up und 52 Prozent Top-down haben Top-down-Prozesse in den betrachteten sieben Jahren ein leichtes Übergewicht. Insgesamt wird aber eine ungefähre Gleichverteilung beider Richtungen der Beteiligung in der Arbeit der WerkStadt deutlich.

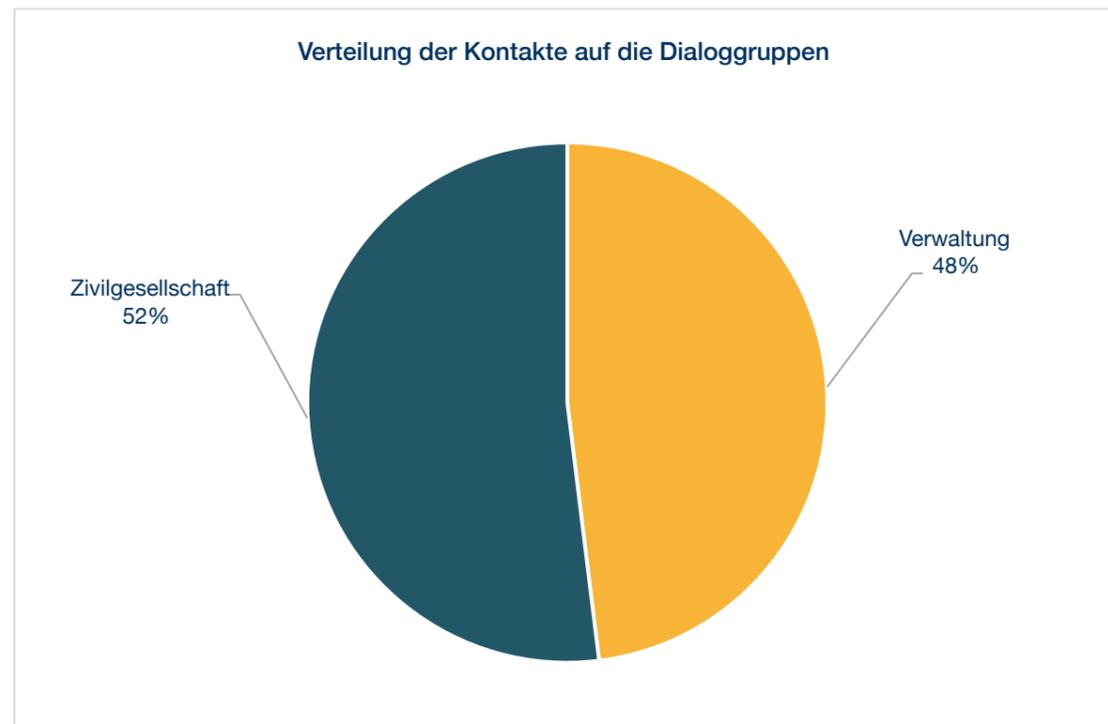
Hinter jedem Beteiligungsprozess stecken Menschen. Menschen, die die Beteiligung starten und organisieren, und Menschen, die sich in die Beteiligung einbringen. Gemeinsam tragen sie die Verantwortung für das Gelingen der Prozesse.

Mit diesen Menschen arbeitet die WerkStadt in direktem Dialog zusammen und unterstützt sie bei der Organisation von oder der Teilnahme an Beteiligung. Für eine übersichtliche Darstellung fassen wir folgende Dialoggruppen zusammen:

Mit welchen Dialoggruppen hat die WerkStadt zusammengearbeitet und wie gestaltet sich die Verteilung der Kontakte?

- Die Verwaltung umfasst alle Mitarbeiter:innen der kommunalen Verwaltung und kommunalen Unternehmen sowie die Stadtverordnetenversammlung und ihre Beiräte.
- Die Zivilgesellschaft umfasst alle Initiativen, Träger, Nutzer:innen, Anwohner:innen und sonstige Personen sowie die Öffentlichkeit in Potsdam.

Zusammengefasst ergibt sich für die Jahre von 2015 bis 2021 bei der Verteilung der Kontakte der WerkStadt mit ihren Dialoggruppen folgendes Bild:



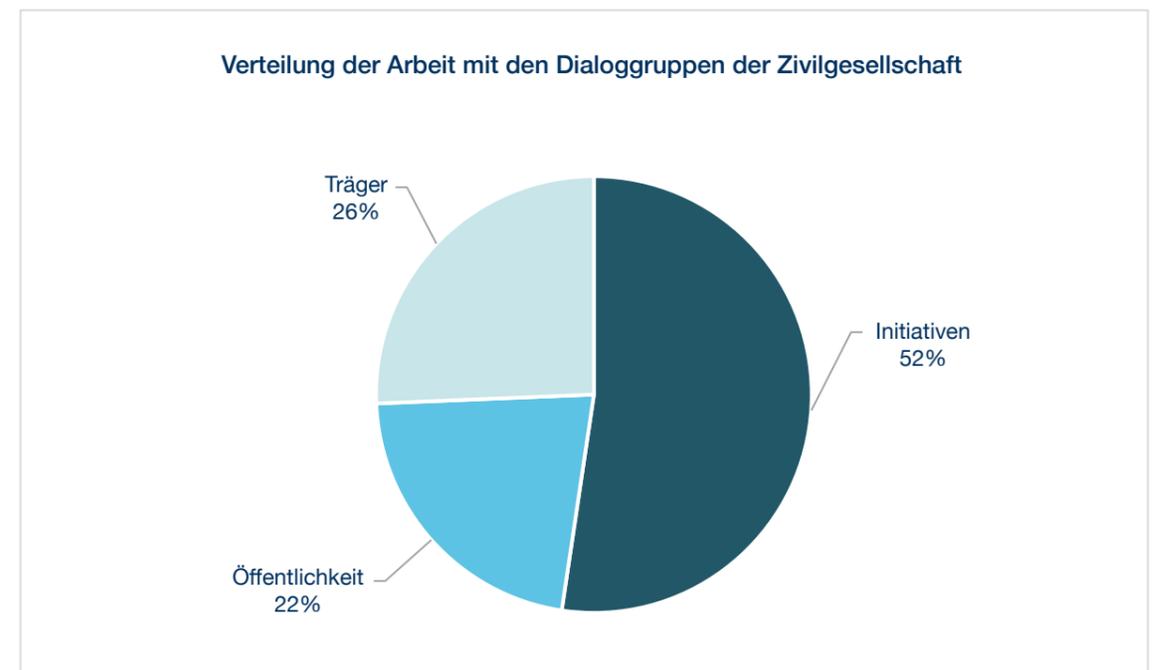
Zivilgesellschaft: 1037, Verwaltung: 959

Mit 52 Prozent der Kontakte in der Dialoggruppe Zivilgesellschaft und 48 Prozent der Kontakte in der Dialoggruppe Verwaltung ergibt sich ein leichtes Übergewicht bei den Kontakten zur Zivilgesellschaft. Dies ist eine Folge des in der Regel höheren Bedarfs an Beratung und Begleitung in den sehr unterschiedlichen Gruppen der Zivilgesellschaft. Insgesamt lässt sich aber eine ungefähr gleiche Verteilung der Kontakte der WerkStadt mit ihren Dialoggruppen feststellen.

Die Zivilgesellschaft in Potsdam nimmt viele Formen an. Dies wirkt sich auf die Arbeit der WerkStadt aus, da sie sich auf die verschiedenen Bedürfnisse und Erfordernisse zivilgesellschaftlicher Gruppen einstellen muss. Die WerkStadt unterscheidet daher im Bereich der Zivilgesellschaft nach folgenden Gruppen:

- Initiativen sind organisierte Zusammenschlüsse von Einwohner:innen zu bestimmten Themen. Hierzu zählen wir zur besseren Übersichtlichkeit auch Nutzer:innen (Personengruppen die über ihr Nutzungsinteresse an bestimmten Einrichtungen oder Angebote gebunden sind) und Anwohner:innen (Personengruppen, die durch ihr Wohnumfeld von bestimmten Vorhaben oder Zuständen betroffen sind).
- Träger umfasst alle nicht kommunal angebotenen Organisationen, die zu bestimmten Themen in Potsdam tätig sind.
- Öffentlichkeit umfasst grundsätzlich alle Potsdamer:innen.

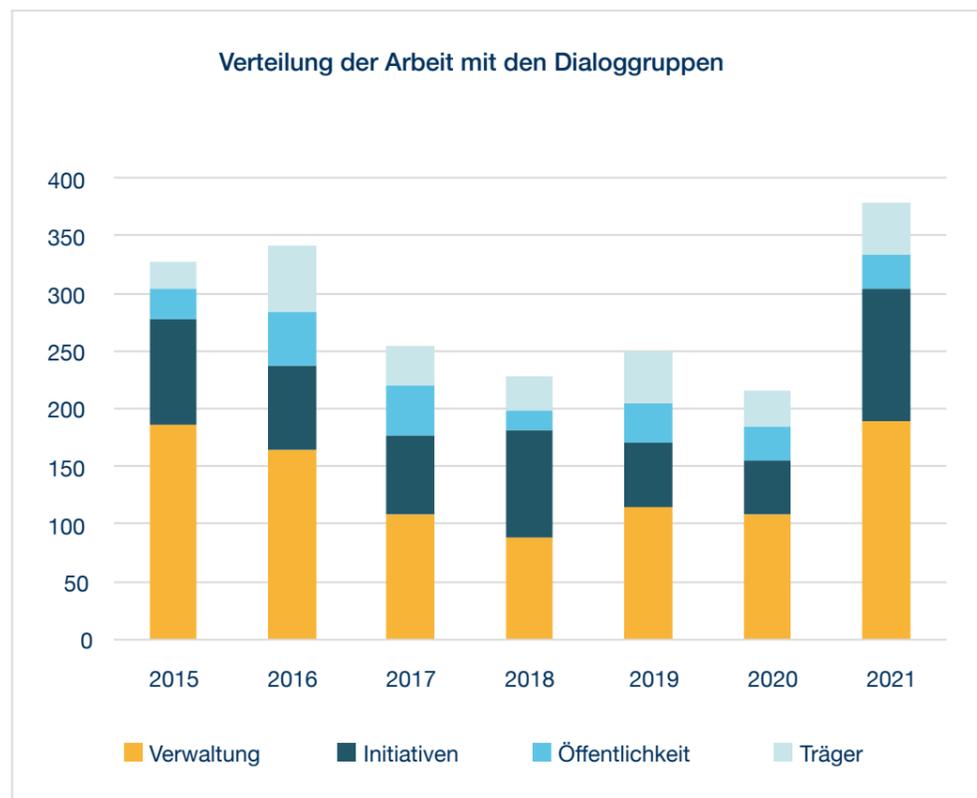
In der detaillierten Übersicht der Dialoggruppen aus der Zivilgesellschaft ergibt sich folgende Darstellung:



Initiativen: 543, Öffentlichkeit: 228, Träger: 266

Es ist zu erkennen, dass im Laufe der sieben Jahre von 2015 bis 2021 mit 52 Prozent die Arbeit mit Initiativen der Zivilgesellschaft die größte Rolle gespielt hat. Gefolgt von 26 Prozent in der Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Trägern und 22 Prozent mit der allgemeinen Öffentlichkeit.

Betrachten wir die Verteilung der Arbeit mit diesen Gruppen über die sieben Jahre im Einzelnen, ergibt sich das folgende Bild:



Jahr	Verwaltung	Initiativen	Öffentlichkeit	Träger
2015	186	91	27	23
2016	164	74	46	58
2017	108	69	43	35
2018	88	93	18	29
2019	115	55	35	45
2020	109	46	30	31
2021	189	115	29	45

Die Arbeit der WerkStadt mit den dargestellten Dialoggruppen umfasst eine Reihe von unterschiedlichen Tätigkeiten. Hierzu gehören:

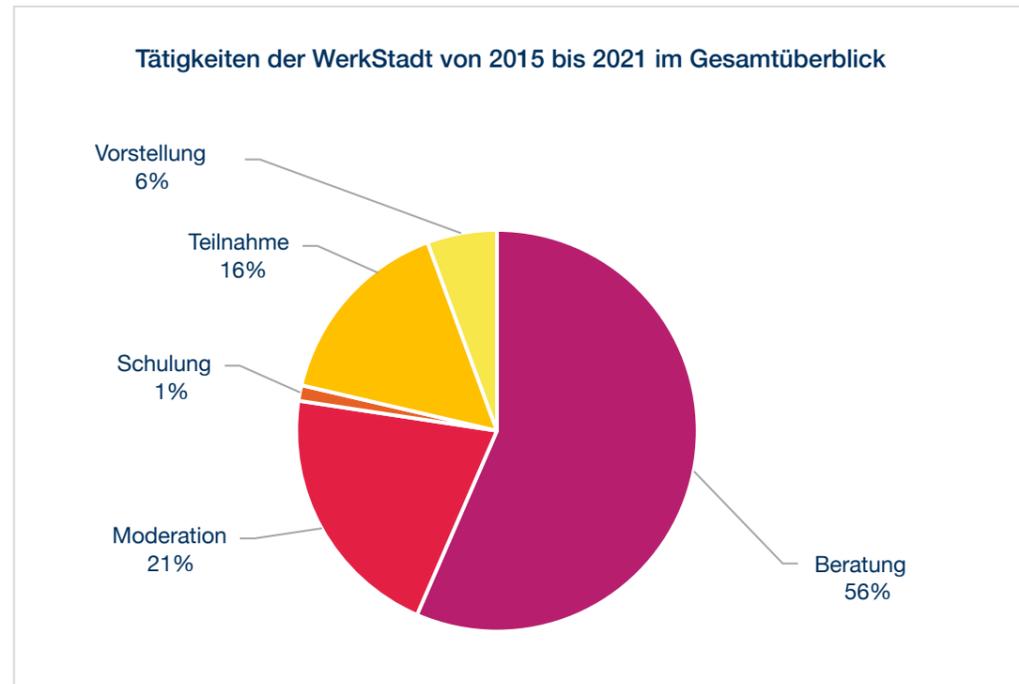
Welche Tätigkeiten hat die WerkStadt in ihrer Arbeit ausgeführt und wie verteilen sich diese?

- **Beratung:** Beratung zählt zu den Haupttätigkeiten der Mitarbeiter:innen. In langfristigen Beteiligungsprozessen ist der Bedarf an Beratung unterschiedlich ausgeprägt. So kann ein Beratungsbedarf auch über mehrere Jahre bestehen. Beratungen können sich auf alle Aspekte und Fragen der Beteiligung beziehen. Von der Organisation einer Veranstaltung über die langfristige Planung von Beteiligungsprozessen bis hin zum Umgang mit schwierigen Gesprächssituationen.
- **Moderation:** Die WerkStadt unterstützt in Form von Moderation, wo diese nicht anders bereitgestellt werden kann. Sie bereitet im Sinne der Grundsätze für Beteiligung die Moderation von Beteiligungsprozessen vor und führt sie durch. Dazu gehört aber auch das Einweisen von externen Moderation:innen und die Organisation einer Moderation, wenn dies nötig ist.
- **Vorstellung:** Die Struktur der WerkStadt ist ungewöhnlich und muss erklärt werden. Hierzu gehören auch die Grundsätze der Beteiligung, die Beteiligungskultur in Potsdam, Projekte und Beteiligungsprozesse und weitere Aspekte. Wir stellen diese im Rahmen von Fachtagungen, bundesweiten, europäischen und internationalen Begegnungen aber auch Ausschusssitzungen, Podiumsdiskussionen und kleineren Anlässen zum Austausch vor.
- **Teilnahme:** Teilnahme zählt die Anlässe, bei denen die WerkStadt bei unterschiedlichen Veranstaltungen anwesend ist und in der Regel durch die Bereitstellung von Informationen zu Themen der Beteiligung unterstützt. Hierunter fallen vor allem die regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Beteiligungsrates und des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung.
- **Schulung:** Die Mitarbeiter:innen schulen ihre Dialoggruppen in Fähigkeiten, die sie benötigen, um sich gut in Beteiligung einbringen zu können. Zum Beispiel mit Blick auf Podiums- und Argumentationstraining, Formen und Wege der Beteiligung (formell/ informell), Pressearbeit und vieles andere mehr.

Bei allen Tätigkeiten der WerkStadt gilt das Prinzip, dass die Mitarbeiter:innen als Anwalt:innen der Prozesse und nicht der Inhalte dienen. Die strikte Trennung von Inhalt und Prozess ist für die WerkStadt wesentlich. Es ist nicht ihre Aufgabe, die Inhalte von Beteiligung zu bewerten und zu vertreten, sondern mit den Dialoggruppen daran zu arbeiten, dass die Art und Weise der Beteiligung den Grundsätzen der Beteiligung gerecht wird und nachvollziehbare, wirksame und konstruktive Prozesse entstehen. Das bedeutet aber nicht, dass die WerkStadt wahllos alle Prozesse und Inhalte bearbeitet.

Gruppen und Personen, die menschenfeindliche und/oder demokratiefeindliche Inhalte vertreten, unterstützt die WerkStadt kategorisch nicht.

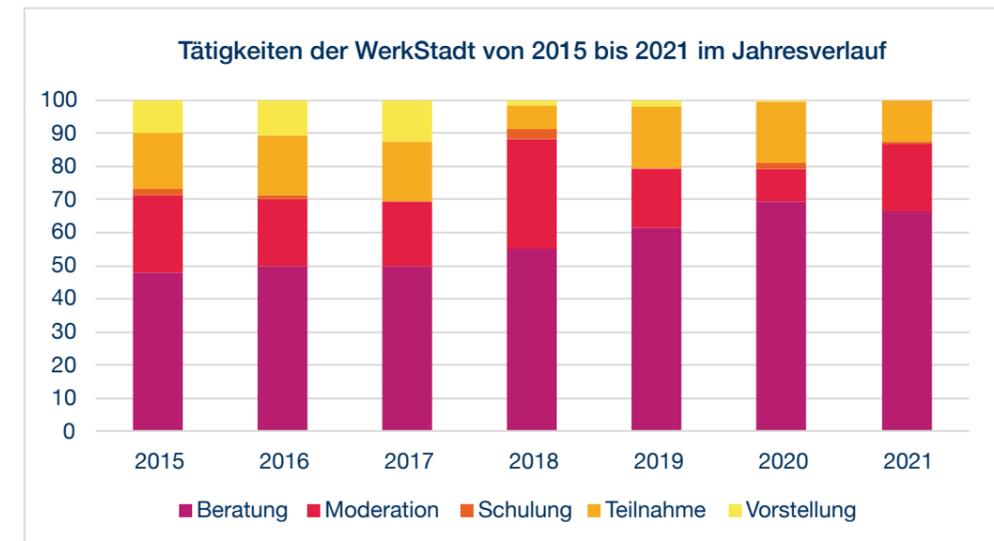
Betrachten wir die sieben Jahre von 2015 bis 2021, ergibt sich für die Tätigkeiten der WerkStadt das folgende Bild in einer prozentualen Verteilung:



Mit 56 Prozent steht die Beratung deutlich im Vordergrund der Arbeit der WerkStadt. Mit 26 Prozent folgt die Moderation von Anlässen der Beteiligung. Teilnahmen machen 16 Prozent aus, während sich Vorstellungen mit sechs Prozent und Schulungen mit einem Prozent bemerkbar machen.

Dieser Auswertung liegt aber nur eine Zählung der Tätigkeiten zugrunde, sie sagt nichts darüber aus, wie viel Zeit eine der dargestellten Tätigkeiten in Anspruch nimmt. Zur Einordnung ist es wichtig zu wissen, dass vor allem Moderationen sehr aufwändig sind und viel Zeit in Anspruch nehmen – dies gilt auch für Schulungen.

Außerdem ist hervorzuheben, dass die Tätigkeiten im Rahmen von Beteiligungsprozessen und der Arbeit der WerkStadt mit den Dialoggruppen oft ineinandergreifen. Alle Dialoggruppen nehmen immer Erstberatungen in Anspruch. Hieraus ergibt sich in der Regel weiterer begleitender Beratungsbedarf – oft wird aber auch die Notwendigkeit von Moderationen und Schulung klar. Dem kommt die WerkStadt nach Möglichkeit entweder selbst oder durch das Hinzuziehen von Dritten nach.



Jahr	Beratung	Moderation	Schulung	Teilnahme	Vorstellung
2015	133	65	5	48	27
2016	137	55	3	50	29
2017	104	40	0	38	26
2018	108	65	6	14	3
2019	124	36	1	37	4
2020	114	16	3	30	1
2021	185	57	2	35	0



RÜCKBLICK



- ▶ **Leitbild Landeshauptstadt Potsdam**
- ▶ **Zukunft der Wohnsiedlung**
- ▶ **Stadtteilwerkstadt Bornstedt**
- ▶ **Netzwerk Kirchsteigfeld**
- ▶ **Prüfvermerk Kinder-Jugend-Beteiligung**
- ▶ **Einwohner:innen-Versammlung Fahrland**
- ▶ **Rechenzentrum**

Leitbild Landeshauptstadt Potsdam

Art des Prozesses

Top-down, Entwicklung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam

Zeitraum

Juli 2014 bis September 2016

Dialoggruppen

Geschäftsbereiche der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam, Stadtverordnetenversammlung, kommunale Unternehmen, Multiplikator:innen aus der Zivilgesellschaft (Initiativen, Träger usw.), alle Potsdamer:innen (die sich angesprochen gefühlt haben), insbesondere hierbei auch Kinder- und Jugendliche

Anlass

Die Stadt Potsdam erlebte in den vergangenen Jahren ein dynamisches Wachstum (zum Beispiel der Anzahl an Einwohner:innen). Daraus ergeben sich vielfältige und komplexe Aufgaben und Anforderungen an die langfristige Steuerung der damit einhergehenden Veränderungs- und Gestaltungsprozesse kommunaler Politiken. Hierfür sollte mit dem Leitbild unter der Fragestellung „Wie wollen wir in zehn Jahren gemeinsam in unserer Stadt leben?“ für das diesbezügliche strategische Handeln insbesondere der kommunalen Verwaltung eine Grundlage geschaffen werden.

Rahmenbedingungen

Die Erstellung des Leitbildes beruhte auf einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und erfreute sich der breiten Unterstützung der Verwaltungsspitze. Der Prozess war mit hinreichend Mitteln (gesamte Prozesskosten laut Bericht 363.300 Euro) ausgestattet, um eine breite Ansprache aller Potsdamer:innen – insbesondere auch von Kindern- und Jugendlichen – auf unterschiedlichen Wegen zu ermöglichen. Das Thema und der Anlass besaßen zwar eine ausgeprägte kommunalpolitische Relevanz, jedoch waren der abstrakte Charakter des Themas und die Aufgabe, es in nachvollziehbare und besprechbare Kontexte „runterzubrechen“, eine große Herausforderung.

Format

Der Beteiligungsprozess zum Leitbild beruhte auf einem mehrstufigen Prozess. Hierbei wurde wiederholt in gängigen Marktplatz- und Diskussionsformaten wie folgt gearbeitet: Stadtteildialoge dienten zur Sammlung von Beiträgen, Themenforen dienten zur Vertiefung wesentlicher Themen, eine Thesenschmiede verdichtete die identifizierten Themenbündel zu übersichtlichen Thesen, welche in wiederholten Leitbildwerkstätten erneut überarbeitet werden konnten. Dies mündete in den Leitbild-Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung. Begleitet wurde der Prozess von einer aufwändigen Öffentlichkeitskampagne im Zuge derer alle Haushalte in Potsdam etwa die Einladung zum Leitbildprozess am Prozessbeginn, aber auch das fertiggestellte Leitbild am Prozessende erhielten. Zudem konnten alle Potsdamer:innen durchgängig während des Prozesses eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete und moderierte Online-Plattform nutzen, um ihre Beiträge zu leisten, aber auch um zu beobachten, wie mit den gegebenen Beiträgen umgegangen wurde.

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt für Beteiligung nahm im Prozess zweierlei Rollen ein. Der verwaltungsinterne Teil der WerkStadt hat als Mitglied in der Geschäftsstelle des Leitbildprozesses aktiv an der Gestaltung und Umsetzung mitgearbeitet. Hierzu gehörten unter anderem die konzeptionelle Erarbeitung des Prozesses und die organisatorische Umsetzung der Prozessschritte. Der verwaltungsexterne Teil der WerkStadt hat den Prozess aus einer kritischen zivilgesellschaftlichen Perspektive begleitet und die Verwaltung mit Blick auf die Zugänglichkeit des Prozesses und der Verarbeitung der erzielten Ergebnisse beraten. Zudem hat er Interessierte aus der Zivilgesellschaft zu ihrer wirksamen Teilnahme am Prozess beraten und begleitet.

Auswirkungen

Mit dem Beschluss des Leitbildes durch die Stadtverordnetenversammlung erlangte das Leitbild Gültigkeit und dient seither als Grundlage für das strategische Handeln in der Landeshauptstadt Potsdam. Aufgrund der abstrakten Natur der im Leitbild getroffenen Aussagen kann die konkrete Auswirkung nur schwer eingeschätzt werden. Es lässt sich aber feststellen, dass die besprochenen Themen eine hohe Relevanz besitzen, die sich mit der Ausformulierung im Leitbild wesentlich manifestiert und damit Eingang in den festen kommunalpolitischen Themenkanon gefunden haben.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Das Anliegen, gemeinsam mit der Stadtgesellschaft einen Blick auf die Entwicklung ihres Lebensumfeldes zu unternehmen und hieraus ein Leitbild für das kommunalpolitische Handeln zu entwickeln, ist ein wichtiger Baustein lokaler Beteiligungskultur. Es ist allen Beteiligten aus Verwaltung, Stadtverordnetenversammlung und Zivilgesellschaft hoch anzurechnen, mit wie viel Engagement und Ressourceneinsatz

dieser erste Anlauf gestaltet wurde. Neben aller Kritik ist die Wichtigkeit solcher Prozesse aus Sicht der WerkStadt deutlich zu betonen. Allerdings ist die Herausforderung, die abstrakten Themen und Zusammenhänge tatsächlich besprechbar zu machen und Sprachen zu finden, die von ganz diversen Teilnehmer:innen gesprochen werden können, nicht leicht. Hierin liegt eine der wesentlichen Herausforderungen eines solchen Prozesses. Mit Blick auf den hier vorgestellten Prozess ist aus Sicht der WerkStadt festzuhalten, dass dies im ersten Anlauf nur teilweise gelungen ist. Was sich etwa an einigen wenig gut besuchten Formaten oder der Zusammensetzung der Teilnehmer:innen aus überwiegend mit den Themen bereits vertrauten Personen aufzeigen lässt. Eine andere Herausforderung ist das langfristige Umsetzen und Aufzeigen der Wirksamkeit der Ergebnisse solcher Prozesse. Und die damit verbundene Fragestellung, wie die abstrakten Inhalte eines Leitbildes sich in konkrete Politiken umsetzen und die Auswirkungen dieses Handelns sich nachvollziehbar darstellen lassen.

Zukunft der Wohnsiedlung

Art des Prozesses

Top-down, mehrstufiger Mitwirkungsprozess und Organizing, Sanierung der Wohnsiedlungen Behlert-Karree, Brauhausberg/Einsteinstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße

Zeitraum

2014-2017 (Abschluss der Sanierungen 2021)

Dialoggruppen

ProPotsdam (GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft Potsdam mbH), Landeshauptstadt Potsdam, Mieter:innen-Initiativen „mieteschön – Behlert-Karree“, „mieteschön – Brauhausberg“ und Großbeerenstraße/Grünstraße

Anlass

Ende 2013 übernahm die ProPotsdam GmbH als Ergebnis jahrelanger Rückübertragungsstreitigkeiten das Eigentum an den aufgeführten Wohnsiedlungen. Diese waren in unterschiedlichem Ausmaß sanierungsbedürftig, aber auch durch vergleichsweise niedrige Bestandsmieten und eine hohe Bindung der Bewohner:innen geprägt. Vor diesem Hintergrund ergab sich für die ProPotsdam GmbH die wirtschaftliche Fragestellung, ob sie die Siedlungen teilweise verkaufen und sanieren soll und kann. Und welche Maßnahmen im Falle einer Sanierung umzusetzen wären und wie diese sich auf die Mieten vor Ort auswirken würden.

Rahmenbedingungen

Die ProPotsdam GmbH war ab dem Zeitpunkt der Eigentumsübernahme darauf orientiert, eine wirtschaftliche Lösung für die anstehenden Fragen zu finden. Vor dem Hintergrund der stadtpolitischen Frage nach steigenden Mieten und damit einhergehender Verdrängung war es der ProPotsdam aber zugleich ein Anliegen, sich mit den Bewohner:innen vor Ort in einen Dialog zu Klärung der komplexen Gemengelage zu begeben. Zu Beginn des Prozesses standen grundsätzlich alle Richtungen offen. Insofern ergaben sich

inhaltliche Festlegungen erst nach und nach im Prozess, was bei aller Konflikthaftigkeit der Thematik grundsätzlich eine gute Ausgangslage für Beteiligung ist.

Format und Ablauf zusammen

Der Prozess erstreckte sich über drei Jahre und umfasste viele Formate und Arbeitsprozesse. Gestartet hat der Prozess mit einer Tagung, die dem Wissensgewinn aller Beteiligten diente. Es wurden diverse Themen rund um bauliche Aspekte, das Entstehen von Mietpreisen aber auch der genossenschaftlichen Selbstorganisation und vielem mehr beleuchtet. Den Schwerpunkt des Prozesses machten die direkten Verhandlungsgespräche zwischen Vertreter:innen der ProPotsdam GmbH und den Mieter:innen-Initiativen aus. Wobei dem vorgelagert eine intensive aufsuchende Arbeit mit den Mieter:innen-Initiativen vor Ort stattfand, in der es um Fragen der Selbstorganisation und der Willensformulierung ging. Die Bedürfnisse in den drei Siedlungen wiesen Schnittflächen aber auch deutliche Unterschiede auf. Eingebettet in den direkten Verhandlungsprozess waren mehrere Veranstaltungen (Konferenz, Runder Tisch) in deren Verlauf die Stadtverordneten und die zuständige Fachverwaltung unmittelbar in die Gespräche und deren Ergebnisse einbezogen wurden. Umrahmt wurde der Prozess zudem von durch die Mieter:innen-Initiativen selbst organisierten Veranstaltungen, wie zum Beispiel das Forum „Der Gute Rat – muss nicht teuer sein“ der Mieter:innen-Initiative „mieteschön- Brauhausberg“ oder diverser Mieter:innenversammlungen der Mieter:innen-Initiative „Behlert-Karree“.

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt für Beteiligung begleitete und organisierte den mehrjährigen Prozess von Anfang an und in allen Facetten. Zudem unterstützte sie alle Prozessbeteiligten intensiv in allen Etappen durch Beratung, Strategieentwicklung, Schulungen, Moderation und Organisation von Veranstaltungen. Weiterhin kommunizierte die WerkStadt den Prozessverlauf in die Gremien der Stadtverordnetenversammlung und in die zuständigen Fachbereiche der Landeshauptstadt Potsdam.

Auswirkungen

Im Ergebnis des Prozesses wurde keine der drei Wohnsiedlungen durch die ProPotsdam GmbH veräußert. Stattdessen wurden alle drei Siedlungen nach dem mit den Mieter:innen-Initiativen ausgehandelten Konditionen saniert und sind heute (2021) im Wesentlichen entsprechend hergestellt. Es wurden zudem Fragen nach dem Modus der Zwischenumsetzungen während der Sanierungsarbeiten und dem Rückzug in die sanierten Wohnsiedlungen geklärt und zwischenzeitlich abgewickelt. Insbesondere im Behlert-Karree wurde auf Anregung der Mieter:innen-Initiative bezüglich der Regelung der Mietpreise nach Sanierung ein innovatives Drittel-Modell entwickelt,

dass die ProPotsdam GmbH heute auch an anderer Stelle anwendet. Damit haben die Prozessbeteiligten einen wertvollen Beitrag zur schwierigen Mietsituation in Potsdam geleistet, der über den unmittelbaren Prozessgegenstand hinausgeht. In den Wohnsiedlungen Behlert-Karree und Brauhausberg entwickelten sich im Laufe des Prozesses Mieter:innen-Initiativen, die sich auch heute noch um die nachbarschaftliche Entwicklung und um weitergehende städtische Themen kommunalpolitisch engagieren.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Den Prozessbeteiligten ist es gelungen, in einem sehr komplexen und konflikträchtigen Themenfeld zu tragfähigen Ergebnissen für die Bewältigung der Situation zu kommen. Hierbei war die Offenheit der anfänglichen Situation genauso hilfreich wie beschwerlich. Alle Beteiligten mussten nicht nur eine erheblich kommunikative Leistung in der demokratischen Eigenabstimmung und produktiven Verhandlung miteinander erbringen, sondern sich auch in dem komplexen Entscheidungsfeld überhaupt orientieren und ihren Weg im Prozess erarbeiten. Hierbei haben insbesondere die Mieter:innen-Initiativen eine große demokratische Arbeit geleistet. Natürlich konnten im Zuge des Prozesses nicht alle Aspekte zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten aufgelöst werden und dementsprechend verblieben einige strittige Punkte (zum Beispiel nach der Gestaltung der Grünanlagen) und äußere Rahmenbedingungen (etwa der Mieten- und Baupreisentwicklung in Potsdam) unbearbeitet oder unauflösbar. Trotzdem war der Prozess nicht nur der Klärung der konkreten Problemsituation dienlich, sondern hat auch darüber hinaus einen Beitrag für die diesbezüglichen kommunalpolitischen Themen geleistet.



Stadtteilwerkstadt Bornstedt

Art des Prozesses

Bottom-up

Zeitraum

2016-2017 (Vorbereitung ab Oktober 2016, Durchführung 17. Juni 2017, Nachbereitung bis September 2017)

Dialoggruppen

Interessenvertretung Bornstedter Feld, Stadtteilinitiative Bornstedt e.V., StadtrandElfen e.V., Fachhochschule Potsdam (FHP), ProPotsdam (GEWOBA Wohnungsverwaltungsgesellschaft Potsdam mbH, Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH), Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam e.V., circa 150 Einwohner:innen Bornstedts: u. a. Eltern, Senior:innen, ehrenamtlich Aktive und insbesondere Kinder- und Jugendliche

Anlass

Bornstedt ist ein wachsender Stadtteil und mit Blick auf die soziale Infrastruktur, aber auch auf weitere städtebauliche Entwicklung stellen sich viele Fragen bezüglich des zukünftigen Handelns was Stadtentwicklung im Stadtteil angeht. Zudem hatte sich eine Reihe von Initiativen gegründet, die ihre diesbezüglichen Anforderungen formulierten. Auch wollte die Fachhochschule Potsdam sich als neuer Teil des Stadtteils in lokale Prozesse einbringen. Weiterhin stand das Thema nach der zukünftigen Nutzung der Biosphäre im Raum.



Rahmenbedingungen

Vor diesem Hintergrund verständigten sich die Beteiligten darauf, kooperativ eine Stadtteilwerkstatt zu veranstalten und fragten zur Begleitung und Organisation die WerkStadt für Beteiligung an. Günstig waren die Umstände, dass einerseits die großzügigen und gut gelegenen Räumlichkeiten der Fachhochschule genutzt werden konnten und andererseits, dass durch die Vorarbeit der Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung bereits eine Aufmerksamkeit für die Entwicklungen in Bornstedt vorhanden war. Zwar gab es keinen formalen Planungsanlass von Seiten der Landeshauptstadt Potsdam, aber die Entwicklungsmaßnahme „Bornstedt Feld“ ging ihrem Ende entgegen und daher war auch in formaler Hinsicht ein guter Anlass gegeben.



Formate und Ablauf

Die Stadtteilwerkstatt wurde von einer regelmäßig tagenden Vorbereitungsgruppe geplant. Die Vorbereitungsgruppe wurde durch die WerkStadt für Beteiligung beratend und moderativ unterstützt. Im Vorfeld fand im Zuge eines Stadtteilstreffes eine aktivierende Befragung statt. Die Stadtteilwerkstatt gliederte sich in sechs Themenräume. Die Themen wurden im Vorfeld durch die Vorbereitungsgruppe und im Zuge der Befragung gefunden:

- Kinder- und Jugendliche in Bornstedt
- Nachbarschafts- und Stadtteilstreff
- Sport und Freizeit
- Biosphäre
- Verkehr, ÖPNV und Mobilität
- Was fehlt, um ein lebendiger Kiez zu sein?



Die Stadtteilwerkstatt wurde von einem Stadtteilfrühstück und einer Akteur:innen-Galerie eingeleitet. Hier hatten alle Akteur:innen die Gelegenheit, sich und ihre inhaltlichen Schwerpunkte vorzustellen. Der Hauptteil fand in moderierten Diskussionsräumen in Begleitung von fachspezifischen Expert:innen zu den genannten Themen in mehreren Durchgängen statt. Während gleichzeitig Kinder- und Jugendliche an einer Stadtteilralley und einem altersgerechten Workshop teilnehmen konnten. Alle Ergebnisse wurden im Zuge eines Abschlussgesprächs mit Vertreter:innen der Stadtverordnetenversammlung zusammengetragen und ausgewertet, wobei die Ergebnisse der Kinder- und Jugendlichen eine prominente Rolle spielten. Abgeschlossen wurde die Stadtteilwerkstatt von einem musikalischen Ausklang und einem Stadtteilbuffet.

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WfB moderierte den gesamten Vorbereitungs-, Durchführungs- und Nachbereitungsprozess und übernahm die zentralen Aufgaben der Organisation und Umsetzung. Weiterhin beriet sich die Vorbereitungsgruppe bei der Wahl der Methoden und dokumentierte die Stadtteilwerkstatt. Zusätzlich fungierte die WerkStadt für Beteiligung als Kostenträger.

Auswirkungen

Die Ergebnisse der Stadtteilwerkstatt wurden als Dokumentation aufbereitet und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Darauf aufbauend kam eine Reihe von Beschlüssen zustande, die die Ergebnisse würdigten und in konkretes Handeln im Stadtteil umsetzten. So wurde zum Beispiel wenig später ein Stadteilladen in Bornstedt geschaffen. Weiterhin flossen die Ergebnisse in die weitere Debatte um die Zukunft der Biosphäre ein. Zudem verständigten sich die Teilnehmer:innen darauf, dass es sich hier um ein passendes Format für den Stadtteil handelt, welches bei hinreichendem Anlass wiederholt werden sollte.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Die Stadtteilwerkstatt wurde als Format sehr gut angenommen und mit viel Engagement der Vorbereitungsgruppe umgesetzt. Der Anstoß kam aus dem Stadtteil selbst, was wesentlich zum Gelingen beigetragen hat. Es konnten alle als relevant betrachteten Themen in einer produktiven Atmosphäre diskutiert werden, während die Akteur:innen die Möglichkeit hatten, sich entspannt zu begegnen. Die lokale Vernetzung und die politische Entwicklung der besprochenen Themen hat von der Veranstaltung stark profitiert. Daher stand der Aufwand in einem guten Verhältnis zum Nutzen. Solche und ähnliche Formate wären für jeden Potsdamer Stadtteil machbar und ohne Zweifel sinnvoll.

„Ein konkretes Ergebnis der Stadtteilwerkstatt Bornstedt 2017 war die Einsicht der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, dass es auch in Neubaugebieten wie dem Bornstedter Feld Orte der Begegnung braucht. Der jahrelange Druck von Vereinen und Initiativen im Stadtteil hat zusammen mit der Moderation der WerkStadt für Beteiligung Früchte getragen. Dies wurde dann mit der Gründung der Trägergemeinschaft für Stadtteilarbeit in Bornstedt Ende 2017 und der Eröffnung des Stadteilladens Bornstedt im Mai 2018 sichtbar realisiert. Seitdem ist der Stadteilladen zu einer nachbarschaftlichen Institution geworden, der sich aus dem sozio-kulturellen Leben Bornstedts nicht mehr wegdenken lässt.“

Stadtteilarbeit Bornstedt
Christian Kube



Netzwerk Kirchsteigfeld

Art des Prozesses

Bottom-up, Selbstorganisation der Initiative "Netzwerk Kirchsteigfeld", unterschiedliche Themen im Stadtteil wie Konflikte zwischen Kindern und Jugendlichen in Schule und Kita, allgemeine Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit im Stadtteil, Verbesserung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens, Belebung des Stadtteils

Zeitraum

2017 bis 2020+

Dialoggruppen

Initiative Kirchsteigfeld, Einwohner:innen aus dem Kirchsteigfeld, Kirche im Kirchsteigfeld, Mitarbeiter:innen der lokalen Schule, Kindergarten und Jugendclub, Mitarbeiter:innen des Stadteilladens Kirchsteigfeld, lokale Vertreter:innen unterschiedlicher Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, Wohnungsunternehmen, Stadtkontor Gesellschaft für behutsame Stadtentwicklung mbH, Vertreter:innen der Stadtverwaltung, Gewerbetreibende vor Ort

Anlass

Im November 2017 kam es in einer Schule im Stadtteil zu Konflikten zwischen Kindern. Ein Vater nahm daraufhin Kontakt zur Kita und dem örtlichen Jugendclub auf, die ebenfalls von ähnlichen Konflikten berichteten. Die Einrichtungen hatten dabei sehr unterschiedliche Ansätze mit den Kindern und Familien an der Konfliktlösung zu arbeiten. Es wurden Elterngespräche initiiert, pädagogische Angebote geschaffen oder externe Beratungsangebote in Anspruch genommen. Im Gespräch entstand die Idee für einem Treffen im Stadteilladen, zu dem alle Akteur:innen und Interessierte eingeladen wurden. Ziel sollte es sein, dass sich betroffene Familien und zuständige Einrichtungen sowie deren Träger vor Ort miteinander vernetzen und einen gemeinsamen Umgang mit den Konflikten finden. Der Ansatz fand großen Anklang und der Initiator wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die WerkStadt für Beteiligung.

Rahmenbedingungen

Der Stadtteil Kirchsteigfeld wurde 1998 fertiggestellt und bietet rund 5000 Einwohner:innen eine Heimat. In der Wahrnehmung vieler Potsdamer:innen handelt es sich aber hauptsächlich um eine „Schlafstadt“, in der eher wenig öffentliches Leben und Stadteilkultur

stattfindet. Zwar gibt es zum Beispiel mit dem örtlichen Stadteilladen durchaus sozial-kulturelle Angebote vor Ort, jedoch steht das Bedürfnis nach einer Vernetzung und Belebung im Stadtteil deutlich im Raum. Die Initiative Kirchsteigfeld gründete sich aus einem konkreten Anlass heraus, fand jedoch schnell viele stadtteilbezogene Themen im erwähnten Kontext. Hierzu standen und stehen der Initiative keine eigenen Ressourcen zur Verfügung, wobei sie aber auf die im Stadtteil vorhandenen Strukturen (Kirche, Stadteilladen usw.) zurückgreifen kann. Davon abgesehen handelt es sich aber um eine ehrenamtliche und unentgeltliche Arbeit. Zudem stand zumindest anfänglich der Stadtteil nicht im Fokus der politischen Aufmerksamkeit, weswegen es wenig Veränderungsimpulse von außen gab.

Formate und Ablauf

Die Initiative richtete regelmäßig Netzwerktreffen aus und es gelang ihr immer mehr Aktive aus dem Stadtteil sowie Akteur:innen aus der örtlichen Trägerlandschaft, aber auch Vertreter:innen der Verwaltung und der Politik einzubinden. Im Zuge der Treffen wurden zudem Aktivitäten im Stadtteil, wie zum Beispiel dem Stadteilspariergang mit dem Oberbürgermeister 2018 oder das Stadteilspicknick 2019, verabredet und umgesetzt. Es handelt sich hierbei um einen selbstorganisierten Prozess, der keinem methodischen Schema folgte, sondern laufend den Gegebenheiten angepasst wurde.



Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die Initiative wurde bis 2020 (und darüber hinaus bei Bedarf) intensiv begleitet. Dies äußerte sich einerseits durch regelmäßige Beratung der Aktiven zu Fragen nach Selbstorganisation und Umgang mit der kommunalen Verwaltung und politischen Gremien. Andererseits übernahm die WerkStadt für Beteiligung die Moderation der regelmäßigen und anlassbezogenen Treffen der Initiative und unterstützte sie durch Veranstaltungsdesign und die Bereitstellung von Ressourcen und Equipment bei der Ausrichtung von Stadtteilaktivitäten. Im Zentrum stand dabei die Selbstorganisation der Initiative sowie ihr Vermögen, wirksam Themen aus dem Stadtteil in die Öffentlichkeit, die Verwaltung und in den politischen Raum zu transportieren.

Auswirkungen

Aus dem ursprünglichen Anstoß entwickelte sich in kurzer Zeit ein stabiles Netzwerk mit vielen im Stadtteil relevanten Mitwirkenden. Hierdurch konnte die anfänglich konfliktäre Situation bearbeitet und für die Zukunft vorsorgend konfliktverhütende Strukturen aufgebaut werden. Zudem trägt die Initiative maßgeblich zur Vernetzung der Einwohner:innen und Träger im Stadtteil und zu Belebung des öffentlichen sozial-kulturellen Lebens im Kirchsteigfeld bei. Weiterhin gelang es der Initiative, einzelne Themen aus dem Stadtteil in die Stadtverordnetenversammlung einzuspeisen und so Aufmerksamkeit auf die lokalen Herausforderungen zu richten.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Aus Sicht der WerkStadt ist es den Aktiven aus dem Kirchsteigfeld mit viel Einsatz und Motivation gelungen, ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen und erste Schritte zur Bearbeitung der lokalen Problemstellungen zu meistern. Vor dem Hintergrund der wenigen verfügbaren Ressourcen kann dies als großer Erfolg der engagierten Einwohner:innen gewertet werden. Es zeigt sich an diesem Beispiel aber auch, dass die kommunikative Verbindung zwischen dem Stadtteil und der Verwaltung sowie der Stadtverordnetenversammlung im Sinne einer positiven Entwicklung des Stadtteils weiter zu stärken wäre, wobei das ehrenamtliche Engagement der Einwohner:innen nicht der einzige maßgebliche Baustein sein kann.

Markus Müller



„Durch mein Engagement im Netzwerk Kirchsteigfeld habe ich gemerkt, dass doch mehr „geht“, als man so denken mag. Ohne die Arbeit der WerkStadt wäre viel Kleines und Großes nicht möglich gewesen. Aus einer Idee ist so Realität geworden. Die Arbeit mit der WerkStadt für Beteiligung hat Verbindungen geschaffen, wo vorher keine waren - zum Nutzen für alle Beteiligten.“

Prüfvermerk Kinder-Jugend-Beteiligung

Art des Prozesses

Top-down, Umsetzung § 18a Brandenburgische Kommunalverfassung

Zeitraum

ab Juni 2018

Dialoggruppen

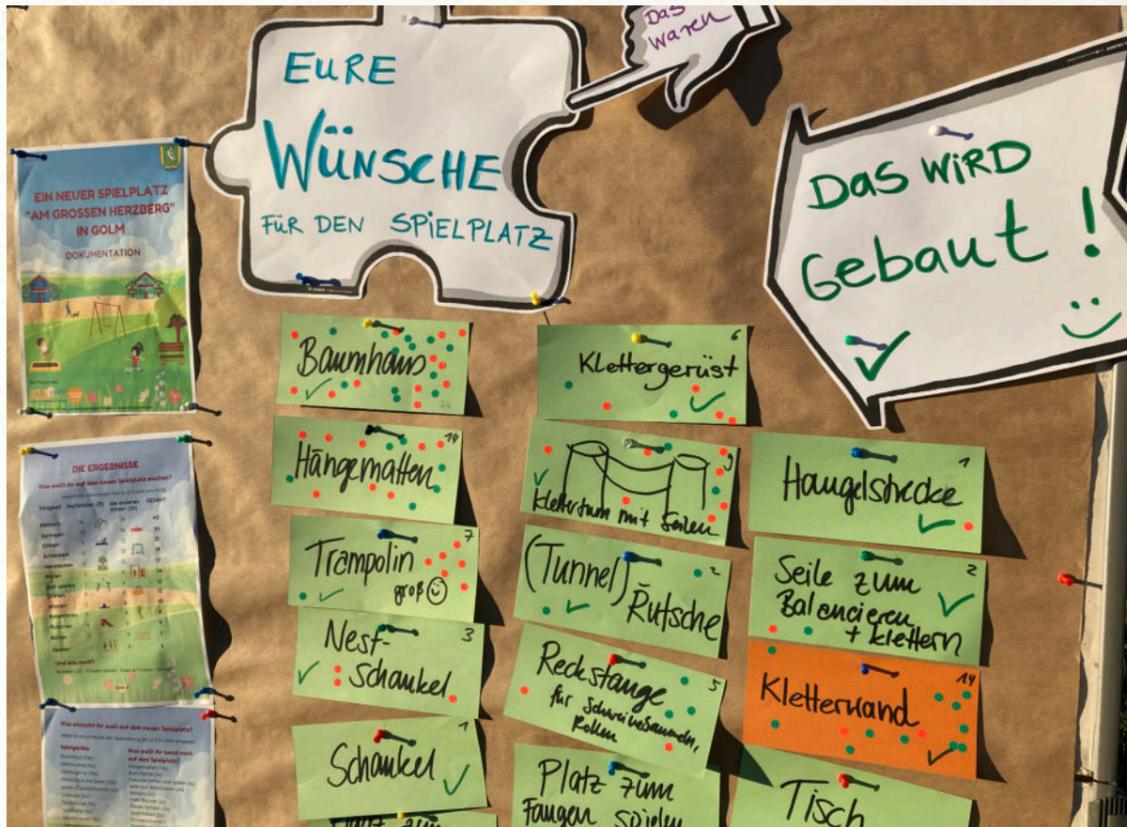
Verantwortliche in der kommunalen Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam (LHP), Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam e.V., Koordinatorin für Kinder und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam

Anlass

Mit Beschluss im Juni 2018 wurde der §18a in die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg aufgenommen, der sinngemäß besagt, dass Kinder- und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen und diese Beteiligungen zu dokumentieren sind. Ebenso muss begründet und dokumentiert werden, sollte eine solche Beteiligung nicht stattfinden. Vor diesem Hintergrund sind alle Kommunen angehalten, hierfür entsprechende Regelungen zu finden und in ihren jeweiligen Hauptsatzungen festzuschreiben – was Potsdam mit Beschluss vom 5.12.2018 getan hat. Im § 3a wurden hier die entsprechenden Festsetzungen getroffen. Vor diesem Hintergrund muss die Landeshauptstadt Potsdam Handwerkszeug entwickeln, um die so formulierten gesetzlichen und satzungsmäßigen Ansprüche zu erfüllen und in ihrer praktischen Arbeit die entsprechende Beteiligung von Kinder- und Jugendlichen zu gewährleisten.

Rahmenbedingungen

Es handelt sich hierbei zuerst um einen verwaltungsbezogenen Arbeitsprozess, wobei als dessen Ergebnis eine verbesserte Beteiligungskultur für die Dialoggruppe Kinder- und Jugendliche entstehen soll. Herausforderung hierbei sind die im Spannungsverhältnis stehenden Ansprüche: Auf der einen Seite muss es eine rechtssichere



„Die Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung hat uns sehr geholfen, durch eine kompetente fachliche Beratung und kollegiale Unterstützung bei der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Potsdam (z. B. Thema Jugendsitz im Beiratsrat, Umsetzung Jugendbefragung zu den Parks, Entwicklung von Maßnahmen für den Aktionsplan 'Kinderfreundliche Kommune', Änderung der Hauptsatzung, Prüfmatrix KiJu-Beteiligung).“

Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendring Potsdam e.V.
Manuela Neels

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt berät die zuständige Fachverwaltung bei der Ausarbeitung der benötigten Vorlagen, bringt sich aber vor allem in Hinsicht auf die Formulierung der notwendigen Standards auf Basis ihrer langjährigen Erfahrung ein.

Auswirkungen

Es handelt sich hier um einen Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Daher können die Auswirkungen noch nicht beschrieben werden. Es zeigt sich aber bereits, dass sich allein durch die Diskussion des § 18a Brandenburgischen Kommunalverfassung sowie des § 3a der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam wichtige Prozesse des Umdenkens ergeben. Hierbei spielt eine wesentliche Rolle, dass die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen mit dem § 18a nicht länger eine Kann- oder Soll-, sondern eine Muss-Regelung ist.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Das Land Brandenburg hat mit dem § 18a einen wichtigen Schritt hin zu einer besseren und vermehrten Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen getan. Auf diesem Wege kann die Einübung demokratischer Verhandlungs- und Verhaltensweisen für Kinder- und Jugendliche nicht nur theoretisch lernbar, sondern in ihrer Gemeinde praktisch und lebensecht erfahrbar werden. Der daraus entspringende demokratische Mehrwert kann nicht genug betont werden. Aus Sicht der WerkStadt wird in Potsdam zwar bereits vieles zur Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen getan, allerdings handelt es sich hierbei um eine so elementare und breite Aufgabe, dass es immer Bedarf an einer Verbesserung und Weiterentwicklung geben wird. Die Landeshauptstadt Potsdam kann mit der Einführung entsprechender Standards und dazu passenden Arbeitsprozessen hierbei einen wichtigen Schritt machen.



Abwicklung der verwaltungsmäßigen Prozesse der Entscheidungsfindung zur Beteiligung, der Umsetzung der entsprechenden Prozesse sowie deren Dokumentation geben. Auf der anderen Seite steht die praktisch-alltägliche Anwendbarkeit der entsprechenden Vorgänge. Ziel ist nämlich nicht nur einen Arbeitsprozess zu entwickeln, der in der kommunalen Verwaltung gut gehandhabt werden kann, sondern vor allem ein spürbares Mehr an Kinder- und Jugendbeteiligung in Potsdam zu erreichen. Zuständig für das Anstoßen dieses Prozesses ist die Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen, wobei die Einführung entsprechender Standards aber in der Verantwortung der Verwaltungsspitze liegt.

Format

Es wird in Arbeitsgruppen an der Formulierung von Arbeitshilfen (zum Beispiel Checklisten) und Vorlagen für Akten- und Prüfvermerke gearbeitet. In diesem Zuge werden Standards formuliert, die an die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen gestellt werden. Diese Vorlagen werden in ihren jeweiligen Entwurfsständen in die Verwaltung zur Testung eingebracht und auf der Grundlage der Rückmeldung weiterentwickelt.

Einwohner:innen-Versammlung Fahrland

Art des Prozesses

Top-down, Einwohnerversammlung gemäß Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam § 4 Absatz 1 beantragt durch Einwohner:innen, Diskurs zu Verkehrsinfrastruktur, Dienstleistungen im Stadtteil und Kinderbetreuung

Zeitraum

18. Juli 2017 mit entsprechend Vor- und Nachbereitungszeit von jeweils mehreren Wochen

Dialoggruppen

lokale Initiative Fahrland, einige Stadtverordnete, Vertreter:innen der Verwaltung und kommunaler Betriebe, zahlreiche Einwohner:innen aus Fahrland

Anlass

Die lokale Initiative Fahrland mahnte seit längerer Zeit einige Missstände im Stadtteil an, kam aber zu der Auffassung, mit ihrer Kritik nicht zur Verwaltung durchzudringen. Daher entschieden sich die Aktiven der Initiative dazu, den oben genannten Paragrafen der Hauptsatzung zu nutzen und eine Einwohner:innen-Versammlung einzuberufen. Thematisch ging es zum Beispiel um Fragen nach der Sicherheit von Schulwegen, der Ansiedlung einer Apotheke und anderer Dienstleistungen oder auch der Versorgung mit Kitaplätzen im Stadtteil.

Rahmenbedingungen

Aufbauend auf der Kommunalverfassung sieht die Hauptsatzung für diesen Vorgang in § 4 eine klare Regelung vor, die den Oberbürgermeister verpflichtet, bei Vorlage eines gültigen Antrags die Versammlung durchzuführen.

Format

Die Versammlung wurde nach fristgerechter Einladung in der Turnhalle der Regenbogenschule Fahrland durchgeführt. Mit über 200 Teilnehmer:innen war die Halle gefüllt. Vor der Halle war eine Tonübertragung eingerichtet, sodass diejenigen Teilnehmer:innen, die nicht mehr eingelassen werden konnten, zumindest die Möglichkeit hatten, zuzuhören. Die Veranstaltung wurde moderiert und arbeitete nach und nach die drei oben benannten Themenkomplexe ab. Hierfür standen jeweils Zuständige aus der Verwaltung zum Gespräch bereit. Der Austausch fand in einer angepassten Fish-Bowl-Methode statt, bei der alle Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, direkt am Gespräch teilzunehmen. Zusätzlich konnten alle Teilnehmer:innen der Moderation Beiträge mitgeben, insofern sie diese nicht selbst vortragen wollten. Die Versammlung wurde vom Ton her aufgezeichnet und im Anschluss als Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zugereicht.

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt für Beteiligung unterstützte die Initiative Fahrland dabei, den Antrag auf Einwohner:innenversammlung ordnungsgemäß zu formulieren sowie die nötigen Unterschriftensammlungen korrekt durchzuführen und schließlich den Antrag gültig einzureichen. Weiterhin begleitete die WerkStadt die Initiative dabei, die inhaltlichen Themenkomplexe herauszuarbeiten und zu formulieren. Nach Antragstellung unterstützte das Team der WerkStadt die Zuständigen in der Verwaltung dabei, die Versammlung gemäß Hauptsatzung zu organisieren. Hierzu gehörte die Ablaufplanung und die logistische Organisation und Umsetzung vor Ort. Weiterhin übernahm die WerkStadt die Aufgabe, die Versammlung zu moderieren.

Auswirkungen

Die Einwohner:innen-Versammlung fand mit über 200 Teilnehmer:innen einen großen Anklang und bearbeitete in drei Themenkomplexen sortiert viele Fragen, die den Fahrländer:innen wichtig waren. Es ist damit gelungen, einerseits die Aufmerksamkeit der Verwaltung und der Stadtverordneten auf wesentliche lokale Missstände zu lenken und andererseits einen produktiven Austausch zu den bereits bestehenden Bestrebungen der Verwaltung zur Bearbeitung und Klärung vieler Problematiken zu führen. Zudem entstanden aufbauend auf der Versammlung diverse weiterführende Anträge in der Stadtverordnetenversammlung, die zu weiterem Verwaltungshandeln und in Konsequenz zu schrittweisen Verbesserungen im Stadtteil geführt haben.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

Das Mittel der Einwohner:innen-Versammlung bietet der Verwaltung, aber auch den Einwohner:innen eine verlässliche Möglichkeit, zu relevanten Fragen in den direkten Austausch zu treten. Es ist damit ein geeignetes Mittel, um sowohl Top-down als auch Bottom-up politische Fragen zu verhandeln. Durch ihren Ausnahmecharakter erzielen diese Versammlungen zudem ein hohes Maß an Aufmerksamkeit, was ihren jeweiligen Anliegen zugute kommt. Im Falle von Fahrland ist dies sehr gut gelungen. Wobei das sowohl dem Engagement der Aktiven vor Ort, aber auch der Gesprächsbereitschaft der Zuständigen in Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung zu verdanken war. Zudem ließ sich langfristig eine Wirksamkeit des im Rahmen der Versammlung Besprochenen anhand von Verbesserungen vor Ort feststellen - was den Aufwand für alle Beteiligten aber besonders für die Einwohner:innen lohnend gemacht hat.

Tina Lange



„Die Unterstützung der WerkStadt für Beteiligung war bei der sehr schwierigen Lage in Fahrland 2017 ungemein wichtig, um eine Vermittlungsbasis zwischen Stadtverwaltung und Fahrländer Bürger*innen zu bilden.“

Rechenzentrum

Art des Prozesses

Bottom-up, Erschließung, Selbstorganisation, Stadtentwicklung

Zeitraum

2015-2021

Dialoggruppen

Nutzer:innen und Mieter:innen des Rechenzentrums, Vertreter:innen des Trägers Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin "Walter May", Mitglieder des Freundliche Übernahme Rechenzentrum e.V. (FÜR e.V) und der Initiative Kulturlobby, ProPotsdam (Sanierungsträger Potsdam GmbH), Landeshauptstadt Potsdam z. B. das Büro des Oberbürgermeisters

Anlass

Im Jahr 2015 wurde durch die Kulturlobby aufgezeigt, dass Kreativschaffende aller Sparten und Bands in Potsdam erhebliche Raumprobleme haben. Hierbei war die Umnutzung der „Alten Brauerei“ und die damit einhergehende Verdrängung der dort ansässigen Bands ein Kristallisationspunkt. In Reaktion hierauf ermöglichte der damalige Oberbürgermeister Jann Jakobs, die als Zwischennutzung angelegte Erschließung des ehemaligen Rechenzentrums, genauer des ehemaligen Verwaltungstraktes, im Zentrum Potsdams für Kreativschaffende. Seitdem entwickelte sich das Rechenzentrum zu einem lebendigen und voll ausgelasteten Ort der Kreativschaffenden. Zudem entstand durch diese Nutzung ein stadtentwicklungspolitisches Spannungsfeld zum bereits in Entstehung befindlichen Neuaufbau der Garnisonkirche. Der ursprünglich geplante Abriss des Rechenzentrums zugunsten der Kirche stand zunehmend in Frage, woraus sich entsprechender Aushandlungsbedarf zwischen den Akteur:innen und in der Stadtgesellschaft ergab.

Rahmenbedingungen

Die Trägerschaft des Rechenzentrums wurde durch die Landeshauptstadt Potsdam an die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“ übergeben, wobei diese als Vermieterin gegenüber den Kreativschaffenden im Rechenzentrum agiert. Viele Fragen der Nutzung und der inneren Organisation sind den Nutzer:innen des Rechenzentrums jedoch selbst überlassen, woraus sich ein erheblicher Bedarf an Selbstorganisation und der Schaffung demokratischer Entscheidungsstrukturen ergab. Zudem waren die Jahre von 2015 bis 2021 durch unterschiedliche stadtentwicklungsbezogene Planungsprozesse geprägt, die sich mit der Entwicklung des Areals Plantage-Rechenzentrum-Garnisonkirche befassten und an denen die Nutzer:innen und deren Vertretungsstrukturen in unterschiedlichen Zusammenhängen, zumeist aus einer kritischen, aber nicht antagonistischen Perspektive heraus, beteiligt waren. Diese Prozesse werden sich in den kommenden Jahren zweifelsfrei auch fortsetzen. Wesentlicher Bestandteil dieser Prozesse war hintergründig immer auch das Spannungsverhältnis Rechenzentrum-Garnisonkirche und die Frage nach einer möglichen Koexistenz beider Gebäude oder dem (Teil-)Abriss des Rechenzentrums zugunsten der Kirche.

Format

Die Beteiligung zu diesem Thema hat im Laufe der Jahre viele unterschiedliche Formen angenommen, weswegen sich ein zentraler Prozess in Format und Ablauf nicht beschreiben lässt. Ausschlaggebend ist aber sicherlich die Ebene der Selbstorganisation der Nutzer:innen des Rechenzentrums. Wobei es sich der Natur eines solchen Prozesses nach nicht um einen zentral geplanten und umgesetzten Prozess handelt, sondern um eine Vielzahl an Begegnungen, Versammlungen und Reflexionsrunden. Wobei die Gründung des FÜR e.V. und die damit verbundenen Vorgänge sicher eine zentrale Rolle spielen. Der FÜR e.V. ist ein Verein aus Mieter:innen und Unterstützer:innen des Rechenzentrums, die sich dafür einsetzen, dass das Rechenzentrum erhalten bleibt und möglichst weitgehend in die Selbstverwaltung der Mieter:innen überführt wird.

Rolle WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt hat bereits vor der Erschließung des Rechenzentrums die Vorläuferinitiative der Kulturlobby, die Initiative „Alte Brauerei“ beraten und in ihren Versammlungen moderativ unterstützt. Mit Öffnung des Rechenzentrums hielt der mitMachen e.V. als Träger der WerkStadt in der Zeit des Umbruchs und der organisatorischen Unklarheit im Rechenzentrum mit dem „KOSMOS“ einen Raum zur Besprechung und Organisation sowie für kleinere Veranstaltungen für die Nutzer:innen vor. Zudem begleitet die WerkStadt die Nutzer:innen und ihre Strukturen im Wesentlichen durchgehend durch Beratung, Moderation und Unterstützung bei der Konzeptionierung und Umsetzung diverser Beteiligungsformate im Rechenzentrum selbst (Umfragen, Mieter:in-

nenversammlungen, Ausprägung von Entscheidungsstrukturen usw.). Außerdem begleitet die WerkStadt die Nutzer:innen dabei, sich in die zahlreichen durch die Landeshauptstadt Potsdam durchgeführten Beteiligungsprozesse rund um das Areal konstruktiv einzubringen sowie sich im Spannungsfeld Rechenzentrum-Garnisonkirche und der darum geführten stadtgemeinschaftlichen Debatte zu verorten.

Auswirkungen

Das Rechenzentrum mit seinen vielfältigen Nutzer:innen hat sich als lebendiger Ort in der Mitte der Stadt etabliert, obwohl dies 2015 keinesfalls als sicher gelten konnte. Die Nutzer:innen haben sich in einem langfristigen Prozess immer wieder die Frage gestellt, wie sie ihre Strukturen demokratisch und einladend gestalten können und sich hierfür in unterschiedlichen Varianten ausprobiert. Weiterhin hat die Nutzer:innenschaft mit dem FÜR e.V. eine zivilgesellschaftliche Organisation hervorgebracht, die sich konstruktiv und in der Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen in die naheliegenden stadtpolitischen Diskurse einbringt und damit einen wichtigen kommunalpolitischen Beitrag leistet.

Einschätzung der WerkStadt für Beteiligung

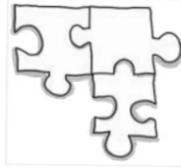
Die Nutzer:innen des Rechenzentrums und die Mitglieder des FÜR e.V. sowie die entsprechenden Unterstützer:innen haben mit Ihrem jahrelangen Engagement eine erhebliche Demokratiewerkleistung geleistet. Unabhängig von jeder inhaltlichen Bewertung ist ihnen dafür Anerkennung zu zollen. Aus Sicht der WerkStadt für Beteiligung bewegen sich die Nutzer:innen des Rechenzentrums in einer komplexen stadtpolitischen Gemengelage aus Fragen nach Räumen für Kreativschaffende und Bands, der Gestaltung der Innenstadt/Plantage und der andauernden Überlegungen zum Ort Garnisonkirche und allem, was hiermit in Verbindung steht. Vermutlich wird zur Bearbeitung dieser Lage in den kommenden Jahren ein Vielzahl an weiteren kommunalpolitischen Prozessen und Entscheidungen unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteur:innen notwendig sein.



„In der jahrelangen Zusammenarbeit mit der WerkStadt für Beteiligung in verschiedenen Kontexten und Themenfeldern, sei es bei der Initiative Alte Brauerei, dem Start der gemeinschaftlichen Umnutzung im Rechenzentrum, bei der Entwicklung des RFKK oder im persönlichem Austausch, fühlte ich mich gut beraten, unterstützt und befähigt - für die Gestaltung von Stadt und Gesellschaft.“

Die aufsuchende Praxis, die fachliche Beratung, die methodische und moderative Begleitung sowie die konkrete Mithilfe bei anfallenden Aufgaben sind wertvolles Empowerment für das Engagement für eine Stadt für Alle!“

Anja Engel



Fazit

Auf den vorangegangenen Seiten haben wir Ihnen einen Rückblick über die Arbeit der WerkStadt für Beteiligung aus den Jahren 2015 bis 2021 gegeben. Sie haben anhand von Steckbriefen Einblick in eine Auswahl an Beteiligungsprozessen bekommen, die die WerkStadt begleitet hat. Außerdem haben Sie anhand von Diagrammen eine Übersicht darüber bekommen, wie viele Prozesse die WerkStadt begleitet hat, mit welchen Dialoggruppen sie gearbeitet und welche Tätigkeiten sie dabei ausgeführt hat.

Auf den folgenden Seiten möchten wir auf dieser Grundlage ein Resümee aus Sicht der WerkStadt ziehen. Dieses Resümee kann nicht auf alle Aspekte der Arbeit der WerkStadt eingehen, sondern nur einige wesentliche Punkte aufgreifen. Wir möchten damit eine Anregung zur weiteren Entwicklung der WerkStadt als Struktur und der Beteiligungskultur in Potsdam geben.

Das bedeutet auch, dass wir in der Diskussion mit Ihnen unsere Sicht kritisch hinterfragen möchten und im Austausch mit Interessierten die vorhandenen Ansätze weiterdenken und entwickeln wollen. Nehmen Sie unser Resümee gern als Einladung und Einstieg dazu.

Unser Resümee teilen wir in zwei Fragen auf. Die erste Frage lautet: „Hat sich die WerkStadt für Beteiligung als Struktur bewährt und wo liegen ihre Stärken?“. Die zweite Frage lautet: „Welche Aspekte in der Arbeit der WerkStadt haben sich in den Jahren 2015 bis 2021 verändert?“

Die WerkStadt für Beteiligung ist eine kooperative Struktur, in der wir als ein Team aus der kommunalen Verwaltung (interne WerkStadt) mit einem zivilgesellschaftlichen Team (externe WerkStadt) zusammenarbeiten. Beide Teams haben ihre eigenen Arbeitsweisen, Stärken und Schwerpunkte. Als Ganzes sind wir die WerkStadt für Beteiligung, die den Grundsätzen der Beteiligung in Potsdam verpflichtet ist. Aus unserer Sicht hat sich diese Struktur bewährt. Die gemeinsame Bearbeitung von Prozessen und der alltägliche Austausch unter uns Kolleg:innen ermöglicht einen sensiblen und kompetenten Umgang mit beiden Richtungen der Beteiligung (Bottom-up und Top-down). Selbstverständlich entstehen aus den unterschiedlichen Richtungen der Beteiligung und den jeweiligen Perspektiven der Teams (Verwaltung und Zivilgesellschaft) auch Spannungsfelder. Wie sollte Beteiligung organisiert werden? Wohin fließen die begrenzten Ressourcen der WerkStadt? Wie geht die WerkStadt mit Prozessen um, die die hohen Ansprüche der Grundsätze der Beteiligung nicht oder nur teilweise erfüllen? Um nur einige zu nennen. Die Diskussion und Aushandlung dieser Fragen im Spannungsfeld zwischen den Ansprüchen, die Verwaltung und Zivilgesellschaft an Beteiligung stellen, ist im Kern der Struktur der WerkStadt angelegt und macht aus unserer Sicht eines ihrer zentralen Momente aus. Wir haben in unserer Arbeit Wege gefunden, beide Perspektiven einfließen zu lassen, uns gegenseitig zu beraten und zu unterstützen. So können wir die Beteiligungskultur in Potsdam als Ganzes langfristig stärken.

Unabhängig von der Richtung der Beteiligung wirken wir in der WerkStadt als Anlaufstelle für alle Beteiligten und können in unserer Arbeit einen Fokus auf die Vermittlung der Grundsätze der Beteiligung und auf die Entwicklung der darauf basierenden Qualitäten von Beteiligung legen. Dank der komplementären Perspektiven beider Teams können wir Beratung als zentrales Mittel unserer Arbeit einsetzen und so die Entwicklung von Beteiligungsprozessen aller Richtungen und Themen unterstützen.

Dank unserer langjährigen Arbeit und Verwurzelung sowohl in der Verwaltung als auch in der Zivilgesellschaft sind wir als WerkStadt in Potsdam gut vernetzt und können im Rahmen unserer Beratungstätigkeit viele Kontakte und Verknüpfungen herstellen. Also die Interessierten und Engagierten mit den Zuständigen und Gestaltenden in Beziehung bringen. Daraus entstehen wichtige Impulse und Prozesse der Beteiligung mit einem Mehrwert für die Beteiligungskultur in Potsdam.

Eine andere Stärke unserer Tätigkeit in der WerkStadt liegt in der direkten Arbeit mit den Einwohner:innen unserer Stadt und den Kolleg:innen der Verwaltung. Die unmittelbare Arbeit mit unseren Dialoggruppen ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Im Rahmen von Beratungsgesprächen und Schulungen arbeiten wir Hand in Hand mit Menschen, die sich in Beteiligung einbringen oder diese organisieren.

Hat sich die WerkStadt für Beteiligung als Struktur bewährt und wo liegen ihre Stärken?

Wir ermutigen und wertschätzen diejenigen, die sich für Beteiligung interessieren und einsetzen. Wir vermitteln wichtige Fähigkeiten, geben Ratschläge und helfen mit Tipps und Tricks weiter. Und wir geben mit konstruktiver Kritik wichtige – wenn auch gelegentlich unbequeme – Impulse. Natürlich befassen wir uns in der WerkStadt aber auch mit strukturellen Fragen - wie zum Beispiel mit der Anpassung der Potsdamer Hauptsatzung, damit sie Beteiligung besser ermöglicht oder der Weiterentwicklung der Potsdamer Grundsätze der Beteiligung.

Aus unserer Sicht ist Beteiligung ein Raum, in dem demokratische Erfahrungen gemacht werden können. Mit unserer Arbeit öffnen wir als WerkStadt diesen Raum für mehr Menschen aus unterschiedlichen Dialoggruppen und helfen mit, dass Menschen hier positive Erfahrungen machen können. Dies ist ein Weg, demokratisches Handeln erlebbar, gestaltbar und wirksam zu machen. Konkret bedeutet das in unserer Arbeit beispielsweise, dass wir großen Wert darauflegen, wie Veranstaltungen im Rahmen von Beteiligungsprozessen organisiert werden und ablaufen. Formate, in denen einem Publikum frontal Inhalte präsentiert werden und bei denen es nur eine Frage-Antwort-Kommunikation gibt, erachten wir als wenig hilfreich. Wir stärken in unserer Arbeit daher Veranstaltungsformate, die eine wechselseitige Kommunikation ermöglichen. Also Veranstaltungen, die sich nicht nur in Redner:innen und Zuhörer:innen aufteilen, sondern bei denen alle Teilnehmer:innen die Möglichkeit haben, in einen Dialog zu treten – und sowohl reden als auch zuhören können. Dabei werden auch strittige Themen diskutiert und es ist nicht immer möglich, zu einer Annäherung oder Verständigung zu kommen. Die Förderung einer Beteiligungskultur, die Verständnis, Perspektivwechsel und ein konstruktives, demokratisches und respektvolles Streiten ermöglicht, ist aber insbesondere auch in solchen Moment für uns ein wichtiges Anliegen.

Daraus entspringt eine weitere Stärke unserer Arbeit in der WerkStadt – da wir demokratisches Handeln entlang der damit verbundenen Prozesse verstehen und bewerten, nehmen wir keine inhaltliche Position im demokratischen Diskurs vorweg. Wir unterstützen die Beteiligten dabei, sich selbstbewusst und wirksam in die für sie jeweils wichtigen Prozesse einzubringen beziehungsweise die Prozesse so zu gestalten, dass dies möglich wird. Dies drückt sich in unserem Motto „Die WerkStadt ist eine Anwältin für gute Prozesse“ aus. Damit verbinden sich aber auch mehrere Herausforderungen – wir wollen hier nur auf zwei davon eingehen: Erstens sind wir auch Menschen mit unseren persönlichen Werten, Ansichten und Erfahrungen. Es ist Teil unseres professionellen Arbeitsverständnisses diese nicht inhaltlich in unsere Tätigkeit einzubringen, sondern uns in dieser Hinsicht zurückzuhalten und uns auf die Qualität der demokratischen Prozesse der Beteiligung zu konzentrieren. Zweitens gibt es in unserer Gesellschaft eine Reihe von Positionen und politischen Strömungen, die den

Rahmen unseres demokratisch-gesellschaftlichen Wertekonsenses verlassen. Hierzu zählen beispielsweise menschenfeindliche Inhalte oder Verhaltensweisen, die darauf abzielen, unsere demokratischen Strukturen zu untergraben. Hiergegen grenzen wir uns in ihrer Arbeit entschieden ab.

Anhand der Übersichten im Kapitel Rückblick lässt sich erkennen, dass in den vergangenen Jahren die Nachfrage nach Beratungen durch die WerkStadt stetig gestiegen ist und sich damit der Tätigkeitsschwerpunkt unserer Arbeit in der WerkStadt mehr in diesen Bereich verschoben hat. Aus unserer Sicht hat diese Entwicklung mehrere Ursachen:

Es gibt in Potsdam eine zunehmende Anzahl von Beteiligungsprozessen.

Blicken wir in der Stadtgeschichte Potsdams zurück, lässt sich feststellen, dass es bereits in den 1990er und 2000er Jahren eine Vielzahl an Beteiligungsprozessen unterschiedlicher Art und aus beiden Richtungen der Beteiligung in Potsdam gegeben hat. Dies begründet sich einerseits aus einer aktiven Kommunalpolitik durch die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung, andererseits auch aus einer aktiven Zivilgesellschaft, die kritisch und gestaltend an der Entwicklung ihrer Kommune mitarbeitet. Allerdings lässt sich aus unserer Sicht beobachten, dass die Vielzahl an Beteiligungen in den unterschiedlichsten Feldern der Kommune in den 2010er zugenommen hat und sich dieser Trend nach einem Einbruch durch das Corona-Jahr 2020 fortsetzt.

Außerdem wachsen die Komplexität in Beteiligungsprozessen und die Ansprüche, die an Beteiligung gestellt werden.

Dadurch entsteht bei denjenigen, die Beteiligung organisieren und auch bei denjenigen, die sich in Beteiligung einbringen, ein erhöhter Beratungsbedarf. Warum wächst die Komplexität von und der Anspruch an Beteiligung? Potsdam ist als wachsende Kommune mit vielen Herausforderungen konfrontiert, die sich wechselseitig aufeinander auswirken. Ein Beispiel dafür ist die anhaltende Auseinandersetzung um Wohnraum und Mieten in Potsdam. Hier spielen viele politische Handlungsfelder der Kommune eine Rolle: Immobilienpolitik, die Steuerung des kommunalen Wohnungsunternehmens, der Umgang mit Initiativen von Mieter:innen, die bei der Sanierung ihrer Wohnungen mitentscheiden wollen oder sich selbst organisieren, um ihre Wohnung zu erwerben und selbst zu sanieren, die Gestaltung von langfristigen Entwicklungsmaßnahmen in den Stadt- und Ortsteilen von Potsdam und so weiter. Außerdem bilden sich auch bundes- und landesweite Rahmenbedingungen in der kommunalen Diskussion ab. Soll nun in diesem Feld Beteiligung

Welche Aspekte in der Arbeit der WerkStadt haben sich in den Jahren 2015 bis 2021 verändert?

organisiert werden, ist dies durch die mit dem Thema einhergehende Vielzahl an Einflussgrößen, Akteur:innen und Interessen komplex und herausfordernd. Gleichzeitig haben die Potsdamer:innen wachsende Ansprüche an Beteiligung. Einerseits kommt dies durch die Grundsätze der Beteiligung zum Ausdruck. Diese wurden 2013 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen und legen hohe Maßstäbe an Beteiligung an. Andererseits fordert die Zivilgesellschaft mehr Beteiligung ein und will aktiver einbezogen werden, legt gleichzeitig aber auch höhere Maßstäbe an Formen von selbstorganisierter Beteiligung an. Zum Beispiel im Hinblick darauf, wie Entscheidungen getroffen werden sollen oder dass mehr Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Bedürfnissen einbezogen werden sollen.

Es haben sich in den Jahren von 2015 bis 2021 aber auch noch weitere Aspekte in unserer Arbeit verändert:

Seit der Einführung des §18a in der brandenburgischen Kommunalverfassung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Jahr 2018 müssen Kinder und Jugendliche grundsätzlich an allen sie betreffenden Fragen der Kommunalpolitik beteiligt werden. Dies ist ein immens wichtiger Ansatz und wird sich aus unserer Sicht langfristig positiv auf unsere Beteiligungskultur auswirken. Es stellt die Kommune und ihre Strukturen der Beteiligung jedoch auch vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund arbeiten wir aktiv mit dem Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendrings Potsdams und mit der Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen der Verwaltung zusammen. Und wir wirken in allen Beteiligungsverfahren, die wir begleiten, darauf hin, dass der Aspekt der Kinder- und Jugendbeteiligung entsprechend berücksichtigt wird.

In unserem Arbeitsalltag in der WerkStadt für Beteiligung häufen sich zunehmend Anfragen zu den vielen unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten und -formaten, die es in Potsdam gibt. Dabei kann es sich um Fragen zum Bürgerhaushalt, zu den Bürgerbudgets, den Beiräten der Stadtverordnetenversammlung, den Sprechstunden und Dialogen des Oberbürgermeisters oder den diversen Umfragen von Seiten der Verwaltung und um vieles andere mehr handeln. Es ist ein selbstverständlicher Teil unserer Arbeit, diese Anfragen schnell, unkompliziert und kompetent zu beantworten, zu vermitteln und zu unterstützen. Es ist aber auffällig, wie häufig und divers diese Anfragen sind und wie oft sie sich auf Beteiligungsformen (wie zum Beispiel den Bürgerhaushalt) beziehen, die nicht in der WerkStadt angesiedelt sind.

Weiterhin fällt in der Arbeit der WerkStadt auf, dass einige Themenbereiche an Bedeutung und Maßstab gewinnen. In der wachsenden und sich schnell entwickelnden Stadt Potsdam nehmen Themen der Stadtentwicklung mit dem Fokus Verdrängung (Stichwort: Gentrifizierung) und schrumpfende oder fehlende Räume (zum

Beispiel für Jugendliche aber auch für Kultur oder Sport), aber auch strukturelle Fragen nach der Ausgestaltung der kommunalen Demokratie, wie zum Beispiel die Einbindung der Ortsbeiräte in die Kommunalpolitik oder die Entwicklung von Stadtteilnetzwerken und -vertretungen einen spürbar größeren Stellenwert ein.

Insbesondere mit Blick auf den vorangegangenen Punkt ist in der Arbeit der WerkStadt auch der Trend feststellbar, dass die Zivilgesellschaft sich mehr und mehr in Prozesse der Selbstorganisation begibt und gestaltend an der Entwicklung ihrer Kommune mitwirken möchte. Dies bedeutet für uns einen größeren Bedarf bei diesbezüglichen Beratungen und Begleitungen – und ein höheres Aufkommen an Bottom-up-Beteiligung, die je nach Beteiligten sehr individuelle Gestalten annehmen. Ein Beispiel hierfür lässt sich in dem Steckbrief zum „Netzwerk Kirchsteigfeld“ finden.

Außerdem hat sich die Arbeit der WerkStadt – nicht erst durch aber verstärkt von Corona – stark digitalisiert. Die Arbeit im digitalen Raum, die Suche nach geeigneten Online-Formaten und die Vermittlung der dafür notwendigen Kompetenzen spielen für unsere Arbeit in der WerkStadt heute eine wesentliche Rolle.

Und nicht zuletzt hat sich die Arbeit der WerkStadt seit der Einführung des neuen Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2019 verändert. Wir haben hier die Möglichkeit, den Ausschussmitgliedern regelmäßig zu Beteiligung zu berichten und in einen Austausch mit ihnen zu treten. Dies gilt auch für den Beteiligungsrat, der als redeberechtigter Gast ebenfalls an den Sitzungen des Ausschusses teilnimmt.



Beiträge von Wegbegleiter:innen der WerkStadt für Beteiligung

4.1. Beteili- gungsrat



Franziska Wilke

„Die Unterstützung der WerkStadt hat mir sehr geholfen, um zum Thema Beteiligung in kurzer Zeit einen Überblick zu bekommen und diesen im Laufe der Zeit zu einem fundierten Wissen weiterzuentwickeln.“

Der Beteiligungsrat ist ein ehrenamtlich tätiges Gremium, das die Stadtverwaltung, die Stadtverordnetenversammlung, die WerkStadt für Beteiligung und Beteiligungsinitiativen berät. Er setzt Impulse zur Verbesserung der Beteiligung in Potsdam. Der Beteiligungsrat arbeitet insbesondere im Kollektiv auf den gemeinsamen Sitzungen, die monatlich mit Ausnahme einer Sommer- und Weihnachtspause stattfinden.

Ziel ist es, aus der Perspektive engagierter und zufällig zusammen-treffender Bürger:innen die Beteiligung in Potsdam zu beobachten, zu begleiten, anzuregen und wo nötig zu verbessern und einzufordern. Der fachliche Input zum Thema Beteiligung selbst kommt aus der internen und insbesondere externen WerkStadt, welche aufgrund der zahlreichen begleiteten Prozesse auf ein großes Erfahrungsspektrum zurückgreifen kann. Darüber hinaus wird der Beteiligungsrat durch Expertinnen und Experten, insbesondere Prof. Dr. Heinz Kleger, auf wissenschaftlicher und fachtheoretischer Ebene beraten. Eine inhaltliche Einführung in die Themen geben die unmittelbar aktiven Akteure, wie Verwaltungsmitarbeitende, Stadtverordnete oder aktive Potsdamer:innen.

Die Arbeitsweise des Beteiligungsrates hängt stets von den Projekten und Sachverhalten ab, mit denen sich der Rat auseinandersetzt. Dabei gilt es zunächst, den beteiligungsrelevanten Kern herauszuarbeiten,

quasi zu prüfen, ob der Beteiligungsrat der richtige Ansprechpartner ist. Der nächste Schritt ist die Aus- und Bewertung der Beteiligungsmöglichkeiten im Konkreten. Anhand derer wird schließlich im Rahmen einer Diskussion abgewogen, was hier die möglichen und nötigen Maßnahmen sind. Schließlich folgen die Umsetzung und weitere Beobachtung des Projekts. In allen Phasen sind interne und externe WerkStadt kompetente Partnerinnen, die uns – ohne einzugreifen – unterstützend und beratend zur Seite stehen.

Zudem organisiert die WerkStadt für Beteiligung den Auswahlprozess für die professionelle Moderation des Beteiligungsrats. Hier hat im Jahr 2019 ein Wechsel stattgefunden. Dabei konnten die Mitglieder des Rats sowie Verwaltungsmitarbeitende bei der Vergabe aktiv werden.

Auszug der Inhalte, die der Beteiligungsrat in den Jahren von 2019 bis 2021 diskutiert hat:

- Beobachtung: Betroffenenbeteiligung zur Verlegung des Strandbades Babelsberg
- Stellungnahme zur RAW-Bebauung
- Stellungnahme zum Alexanderhaus: Fortführung des Beteiligungsprozesses
- Beratung zur Entwicklung und Beteiligung zum „Kreativquartier“
- Ideensammlung zum Thema mobile Beteiligung in Potsdam
- Stellungnahme zur Einbeziehung von Ortsbeiräten in städtische Entscheidungsprozesse
- Vorberatung und Austausch zum Vorhaben Pirschheide
- Stellungnahme zur digitalen Bauantragstellung
- Stellungnahme zur Petition „Volkspark für Alle“
- Bürgerhaushalt und Bürger-Budgets 2021: Mitarbeit bei Kooperationspartner-Auswahl
- Stellungnahme zum Thema Mitsprache und Einschränkungen zur Corona-Pandemie sowie Beitrag zum 67. Stadt Forum Potsdam (Corona und Stadt – Was lernt Potsdam aus der Krise?)
- Begleitung Beteiligungsprozess INSEK 2035
- Überregionaler Austausch Beteiligungsräte
- Erstellung von Infomaterialien zur Beteiligung in Potsdam



Gabriele Struck

„Die WerkStadt ist ein Schlüsselakteur der Beteiligungsstruktur und -kultur in Potsdam. Sie kanalisiert, bündelt und begleitet die diversen Aspekte und Prozesse der Beteiligung in Potsdam, wirkt als Botschafterin der Beteiligung und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratieentwicklung auch über die Grenzen Potsdams hinaus.“

Der Stadt Potsdam ist es gelungen, mit der WerkStadt für Beteiligung auf kommunaler Ebene eine intelligente und funktionierende Struktur zu schaffen, die zu einer wichtigen Begleitung für Potsdamer Einwohner*innen geworden ist, um Stadtentwicklung mitzugestalten.“



Bürgerbeteiligung in Potsdam – vom Experiment zu dauerhaften Strukturen

Dr. Stephanie Bock und Dr. Bettina Reimann

Jede Kommune wagt mit dem Aufbau von Strukturen für eine verbindliche Bürgerbeteiligung als Fundament für eine kommunale Beteiligungskultur ein Experiment. Die Wege dorthin sind vielfältig. Wählt die eine Stadt einen eher überschaubaren und bereits beschrittenen Weg, indem sie anderenorts entwickelte Ansätze und Tools für die eigenen Bedarfe übersetzt, wagen sich andere Kommunen auf unbekannte Pfade und erproben neue Formen und Strukturen der Beteiligung. Zu den letzteren gehört auch die Landeshauptstadt Potsdam. Mit politischer Rückendeckung und kritischem Außenblick wurde das Bürgerbeteiligungskonzept auf drei Säulen gestellt und für die Startphase ein dreijähriges Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ initiiert, das die Möglichkeit zur Erprobung und damit für Versuch und Irrtum, für einen Lernprozess, für die kontinuierliche kritische Reflexion und Weiterentwicklung sicherstellte und schon im Titel auf das Vorhaben und Ziel verwies: In einem Experiment sollte eine tragfähige Beteiligungsstruktur entwickelt werden. So etwas leisten und trauen sich nicht allzu viele Kommunen.

Auf der Basis von Grundsätzen der Bürgerbeteiligung, an denen sich Politik, Verwaltung und Bewohnerschaft gemeinsam orientieren sollten, und begleitet von einem Beteiligungsrat, der die Bürgerbeteiligung in der Stadt Potsdam kritisch unterstützen sollte, wurde als bundesweites Novum ein Büro für Bürgerbeteiligung gegründet, das sich aus zwei Teilen zusammensetzt und gleichberechtigt von der Verwaltung und einem freien Träger betrieben wird. Nach einer erfolgversprechenden und vom Difu evaluierten Modellphase verstetigte die Stadt Potsdam diesen Ansatz der strukturierten Beteiligung, der bis heute in denselben Grundstrukturen vorhanden ist.

Für uns – als ehemalige Evaluatorinnen – ist ein erneuter Blick auf die Potsdamer Beteiligungskultur ein spannendes Unterfangen. Auch wenn wir keine empirischen Erhebungen oder gar eine neue Studie zum Stand und den Wirkungen machen können, so lässt die Betrachtung der aktuellen Beteiligungsprozesse und die Entwicklung der drei für Potsdam prägenden Beteiligungsbausteine doch erste Einschätzungen und Schlussfolgerungen zu. Dabei dient uns ein Blick in die bundesweite Beteiligungslandschaft als Wegweiser, um das Potsdamer Modell würdigen zu können.

Immer mehr Kommunen in Deutschland erarbeiten und verabschieden Grundsätze, Leitlinien, Handlungsempfehlungen oder andere verbindliche Regelungen zur Bürgerbeteiligung. Diese beinhalten zumeist knappe Aussagen zu grundlegenden Qualitätsstandards und daran anknüpfende Hinweise für die Durchführung informeller Beteiligung. Zumeist ist es der erste und wahrscheinlich auch einfachste Schritt zur Verankerung einer kommunalen Beteiligungskultur. Auch in Potsdam verständigte sich die Politik auf diesen Baustein. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete 2012 „Verbindlichkeit“, „frühzeitige Einbeziehung“, „Informationsbereitstellung“, „Kommunikation“, „Aktivierung“, „Anerkennungskultur“ und „Gleichbehandlung“ als Grundsätze, die den Anspruch an gute Beteiligung in Potsdam definieren und langfristig der Weiterentwicklung der Potsdamer Beteiligungskultur dienen sollen. Wie in den meisten anderen Kommunen auch sind Grundsätze – einmal fixiert – geduldiges Papier und geraten leicht ein wenig aus dem Fokus des Handelns. Die eigentliche Herausforderung liegt – auch in Potsdam – darin, die Grundsätze oder Leitlinien in konkretes Handeln zu übersetzen und sie kontinuierlich zu überprüfen und bei Bedarf weiterzuentwickeln.

Um die Stimmen der Menschen vor Ort unmittelbar und verbindlich in die strukturierte Beteiligung einbeziehen zu können, werden in immer mehr Städten und Gemeinden neue Gremien ins Leben gerufen, in denen zumeist ausgeloste Bürger:innen über einen definierten Zeitraum in Beteiligungsbeiräten die strukturierte Beteiligung beratend unterstützen. Mit der dabei eingesetzten Zufallsauswahl, einer Methode zur Rekrutierung für einen Beteiligungsprozess per Los, sind

Grundsätze der Beteiligung

Der Beteiligungsrat

Erwartungen an eine verbesserte Inklusion, an eine größere Heterogenität und eine stärkere Unabhängigkeit der Beteiligten verbunden. In Potsdam arbeitet seit September 2013 in wechselnder Besetzung der Beteiligungsrat als beratendes Gremium der Stadtverordnetenversammlung. Er besteht zur Mehrheit aus gelosten Bürger:innen und tagt monatlich in einer öffentlichen Sitzung, in deren Rahmen aktuelle Beteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam diskutiert werden. Das hohe Interesse und die mittlerweile gute Verankerung des Beteiligungsrates in der Potsdamer Stadtgesellschaft zeigen sich u. a. an den steigenden Bewerbungen für die Mitwirkung an dem Beirat und der wachsenden Zahl öffentlicher Stellungnahmen, mit denen der Beirat seine Positionen in der Öffentlichkeit vertritt. Aus der strukturierten Beteiligung ist der Beirat in Potsdam nicht mehr wegzudenken.

Die WerkStadt für Beteiligung

Die WerkStadt für Beteiligung, die im November 2013 ihre Arbeit aufnahm, wurde parallel zum Beteiligungsrat etabliert. In ihrer Konstruktion und Arbeitsweise stellte sie zu diesem Zeitpunkt ein Novum in der Beteiligungslandschaft dar, sie bildete den Kern des Beteiligungsexperimentes. Gleichberechtigt getragen von der Verwaltung als Vertreterin der Landeshauptstadt und dem Verein mitMachen e.V. als zivilgesellschaftlichem Partner richtet sich ihre Aufgabe sowohl an die Bürger:innen als auch die Verwaltung. Als Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung soll die WerkStadt in ihrer Doppelstruktur auf der einen Seite allen Potsdamer*innen den Zugang zu verschiedenen Formen der aktiven Beteiligung erleichtern und auf der anderen Seite Verwaltung und Projektträger, die Bürgerbeteiligung durchführen oder anstoßen, beraten und unterstützen. Das Aufgabenspektrum reicht dabei von der Konzeption und Durchführung frühzeitiger und verbindlicher Beteiligung bis hin zur Stärkung der Chancengleichheit aller Beteiligten und Anerkennung aller Mitwirkenden. Damit steht die WerkStadt für Beteiligung für mehr Beteiligung auf unkonventionellem Wege und signalisiert, dass neue Kommunikationswege in die Verwaltung und in die Stadtgesellschaft sowie zwischen Stadtverwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft etabliert werden sollen, um Vorurteile und Blockadehaltungen abzubauen oder zumindest bröckeln zu lassen. Inwieweit dies gelungen ist und eine gleichberechtigte und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft aufgebaut werden konnte, kann nur eine erneute Evaluation beantworten. In dem Zusammenhang müsste auch bewertet werden, mit welchen Auswirkungen die Verlagerung des verwaltungsinternen Teils des Büros von der dem OB zugeordneten Stabsstelle in die Abteilung „Zentrale Verwaltung“ verbunden ist. Zudem wäre zu fragen, wie viel (gedanklichen) Freiraum und Brückenfunktion die externe WerkStadt angesichts der zunehmenden Beratungsleistungen für die Verwaltung noch haben und leisten kann. Unabhängig davon zeigt sich der Stellenwert dieses Potsdamer Beteiligungsbausteines auch darin, dass mittlerweile einzelne Kommunen diese experimentelle

Struktur aufgegriffen haben und – angepasst an ihre jeweiligen Rahmenbedingungen – mit ähnlichen Strukturen experimentieren. Potsdam war und ist hierfür beispielgebend.

Aus dem Potsdamer Weg der strukturierten Beteiligung lassen sich Erkenntnisse ableiten, die für andere Kommunen und die kommunale Beteiligungskultur insgesamt gewinnbringend sind:

- Experimente und Modellprojekte sind für die Etablierung von Beteiligungsstrukturen und Beteiligungskulturen ein gutes, vielleicht notwendiges Fundament. Die in ihnen gemachten Erfolge und Misserfolge und deren Reflexion sind Grundvoraussetzungen für notwendige Nachsteuerungen. Das bedeutet auch: Für die Strukturierung von Bürgerbeteiligung und ihre Implementation gibt es kein fertiges Rezept. Der richtige Weg muss in jeder Kommune gesucht und begangen werden.
- Dabei ist Bürgerbeteiligung ein Prozess mit vielen Beteiligten. Sie richtet sich nicht nur an Bürger:innen, sondern stellt auch für Verwaltung und (Kommunal-)Politik ein Handlungs- und Lernfeld dar. Dem Zusammenspiel zwischen den Beteiligten ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
- Welche Bürger:innen zu Wort kommen und wer für die Bürger:innen spricht, ist differenziert zu betrachten und sorgfältig in den Konzepten zu berücksichtigen. Beteiligung richtet sich häufig an organisierte Gruppen (Bürgerinitiativen, Verbände) und spricht seltener Menschen an, die weniger Erfahrung mit Beteiligungsprozessen haben. Um den Erfahrungen, Bedarfen und Meinungen der stilleren, eher wenig gehörten Gruppen eine Stimme zu geben, braucht es die passende Ansprache, Auswahl, Moderation und Einbindung.
- Bürgerbeteiligung benötigt gleichermaßen Freiräume und Regeln. Spielräume, die flexibles und spontanes Vorgehen ermöglichen, sind ebenso vorzusehen wie Standards und Formalisierungen, die einen höheren Grad an Verbindlichkeit bieten und damit auch die (Kommunal-)Politik binden.
- Begleitende Evaluierungen eröffnen einen Raum für Reflektion und Verständigung. Sie sollten zu verschiedenen Zeitpunkten angesetzt und wiederholt werden, denn sie unterstützen die Vergewisserung auf den Status quo und ermöglichen Nachsteuerungen.

Anmerkung der Reaktion: Seitdem die Autorinnen ihren Text verfasst haben, wurde die verwaltungsinterne WerkStadt bereits wieder in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters integriert.



4.3. Beteiligung in Potsdam aus der wissenschaftlichen Perspektive

Bürgerbeteiligung als Demokratiestärkung

Prof. Dr. phil. em. Heinz Kleger

Die Beteiligungsangebote der Stadt Potsdam sind in den letzten zehn Jahren zahlreicher, vielfältiger und transparenter geworden. Kaum jemand kennt sie alle.

Aus demokratischer Sicht ist es aber wichtig, die Kanäle zu kennen, wie Einwohnerinnen und Einwohner ihren Anliegen Gehör und Beachtung verschaffen können. Die Internetseite der Stadt über Bürgerbeteiligung hält inzwischen die Bürgerschaft übersichtlich auf dem Laufenden und darüber hinaus gibt es einen Newsletter zu den aktuellen Projekten, der kostenfrei abonniert werden kann: www.Potsdam.de/NewsBeteiligung.

Es gibt wenige Städte, die seit vielen Jahren gleichzeitig ein funktionierendes Stadtforum mit über 60 Sitzungen zu wichtigen Themen der Stadt und einen funktionierenden Bürgerhaushalt, der inzwischen mehr als 17.000 Teilnehmer zählt, vorweisen können. Seit 2013, nachdem der Oberbürgermeister zu Beginn seiner zweiten Amtszeit 2010 die immer wieder geforderte vermehrte Bürgerbeteiligung zu seinem Anliegen gemacht hat,

kommt das Modellprojekt 'strukturierte Bürgerbeteiligung' hinzu, zusammen mit der Verwaltung, der WerkStadt für Beteiligung und dem Beteiligungsrat.

Die mehrheitlich ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger im Beteiligungsrat haben das Projekt mitaufgebaut und in mehr als 70 Sitzungen zahlreiche Impulse gegeben. Der Beteiligungsrat ist dadurch ein Ort für konstruktive Debatten geworden, die öffentlich zugänglich sind und deren Protokolle auf der Internetseite der Stadt nachgelesen werden können.

Der Beteiligungsrat trifft sich einmal im Monat zu einer zweistündigen Sitzung, die vorbereitet wird. Oft werden zusätzliche kleine Arbeitsgruppen gebildet, es ist aber darauf zu achten, das Zeitbudget der neun Ehrenamtlichen nicht übermäßig zu belasten. Die professionelle Vorbereitung und Moderation der Sitzungen indessen ist unumgänglich.

Wichtig ist, dass der jeweils für zwei bis drei Jahre neu zusammengesetzte Rat sich diejenigen Themen vornimmt, die er personell, sachlich und zeitlich auch angehen und lösen kann.

Dabei gibt es von der Stadtgesellschaft her Aufgaben, bei denen der Beteiligungsrat, will er seinem Anspruch gerecht werden, nicht fehlen kann.

Das war zum Beispiel beim erstmaligen Leitbildprozess der Fall. Mit diesem bisher umfangreichsten Beteiligungsprozess wurde ein Leitbild 2025 für die rasant wachsende Stadt erarbeitet, das im September 2016 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden ist und schließlich an alle Haushalte verteilt wurde.

Dieses Leitbild ist die oberste Ebene einer strategischen Steuerung, die sich auf verschiedene Ebenen bezieht. Im Sommer 2018 wurden daraus neun gesamtstädtische Ziele abgeleitet, welche die Prioritäten setzen:

Wachstum mit hoher Lebensqualität, digitales Potsdam, antizipatives Flächenmanagement, Bildungsinfrastruktur (Schule, Kitas) u. a. Diese Ziele verbinden den Haushalt, auch den Bürgerhaushalt mit der strategischen Steuerung. So können die Planungen sich stärker auf die Bürgerinnen und Bürger ausrichten.

Vor allem die Planungswerkstätten für die integrierte Stadtentwicklung (INSEK), an denen der Beteiligungsrat mitwirkt, dienen dazu (2020). Die Coronakrise hat die Beteiligung daran erheblich erschwert und zugleich neue Techniken und Formate digitaler Beteiligung hervorgerufen, an denen der Beteiligungsrat konstruktiv mitgearbeitet hat, sodass die Demokratie systemrelevant geblieben ist.

Ebenso ist die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts, zum Beispiel die Einführung von Bürgerbudgets für einzelne Sozialräume, oder die permanente Berücksichtigung der Kinder- und Jugendbeteiligung, die in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt hat, ein durchgängiger Aspekt der Arbeit des Beteiligungsrates.

Obligatorisch für die neue Struktur des Ganzen ist aber in erster Linie die Begleitung der WerkStadt für Beteiligung durch die Diskussion ihres Verfahrensmonitors, der über den Stand der laufenden Beteiligungsprojekte informiert. Hier sehe ich auch die qualitative Evaluation angesiedelt über die Angemessenheit, Möglichkeiten und Grenzen der verschiedenen Verfahren.

Dafür sollte man sich mehr Zeit nehmen. WerkStadt und Beteiligungsrat können hier zusammen praxisbezogene reflexive Forschung betreiben, die Sinn macht.

Mit den strukturellen Ungleichheiten muss bewusster umgegangen werden. Dass die schleichende Professionalisierung und Akademisierung der Bürgerbeteiligung Sprechfähigkeiten und Diskussionskultur bestimmen, wird zu wenig selbstkritisch reflektiert. Die soziale Selektivität ist ein großes Problem. Deshalb muss auch über veränderte Veranstaltungsformate, Settings und Ortswechsel nachgedacht werden. Die knappen zeitlichen Ressourcen vieler Bürgerinnen und Bürger werden real noch immer unterschätzt, woraus Frustrationen, Enttäuschungen und Absenzen resultieren, die zu häufig sind.

Daneben gibt es fakultative Themen und aktuelle Anfragen, die nicht weniger wichtig sind, die aber je nach persönlichen Ressourcen und Kompetenzen angegangen werden müssen. Themen gibt es für den Beteiligungsrat mehr als genug, das ist nicht das Problem. Die Lösung ist eine kluge Selbstbeschränkung und eine Priorisierung, die offenbar schwerfällt, während die Kapazitäten für die WerkStadt sowohl personell wie sachlich aufgestockt werden müssen. Drei Stellen für die interne und drei Stellen für die externe WerkStadt sind das Minimum. Der Kooperationsvertrag der regierenden Stadtkoalition (rot-rot-grün) enthält diese Bezüge, woran man anknüpfen kann.

Die Struktur kann so insgesamt gestärkt werden, wenn ausserdem die Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung effektiver wird. Davon sind wir noch weit entfernt, da in den vergangenen Jahren eher eine Verzettlung als eine Konzentration stattgefunden hat. Wenn aber überall, vor allem in der Verwaltung, von Partizipation bloß geredet wird, findet sie am Ende nirgendwo mehr statt.

Die Parteienpolitik schreibt sich zwar die Bürgerbeteiligung gerne auf die Fahnen, ist aber personell und zeitlich selber überlastet und überfordert mit zu vielen und überlangen Sitzungen, worin Potsdam

deutscher Meister ist. Wenn sich die dialogische Kommunikation zwischen Politik, Bürgerschaft und Verwaltung verbessert, was dringend notwendig ist, so ist dies auch ein Schritt in Richtung einer Demokratiepoltik, die soziale, sachliche und zeitliche Überforderungen auf allen Seiten abbaut, die viele Menschen davon abhält, überhaupt noch an den öffentlichen Angelegenheiten ihrer Stadt teilzunehmen. Die Nicht-Wähler sind nicht umsonst die größte Partei.

Auf der anderen Seite schaffen die neuen informellen Verfahren nicht nur oft besser vorbereitete und konsensfähigere Lösungen, sondern auch eine positive Identifikation mit dem Ort, in dem man lebt. Das betrifft in erster Linie den eigenen Stadtteil. Nicht zufällig läuft in den einzelnen Stadtteilen, ob Schlaatz, Babelsberg, Potsdam-West oder Bornstedt viel, darunter auch viel Neues und Originelles. Der ökologische Umbau von Drewitz zur Gartenstadt mit Bürgerbeteiligung ist bundesweit ein Vorbild geworden.

Viele sagen, ich bin dabei, weil ich Potsdamer bin oder weil dies mein Quartier ist. Diese Verortung ist im Kleinen wie im Großen wichtig, wiewohl im Großen schwieriger in einer Welt in Stücken. Es gibt aber auch eine wichtige Verbindung zwischen der großen Welt und der Lebenswelt, die über die Lokalisierung läuft, und hier spielen die Städte eine werkstattspezifische Rolle. Jede Stadt hat eigene Ansprüche und eine urbane Agenda, mit denen sie Unterschiede setzen kann.

Prof. Dr. phil. em.
Heinz Kleger



Potsdam versteht sich als Klimastadt und als weltoffene Kommune, sie ist klimapolitisch und flüchtlingspolitisch in Städtebündnissen stark engagiert. Daraus erwachsen neben prozessualen Ansprüchen an die Beteiligung (wie Chancengleichheit, Niedrigschwelligkeit, Informationsbereitstellung u. a.) auch inhaltliche Kriterien wie die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte, etwa beim Bauen neuer Quartiere (Innenstadt, Krampnitz, Pirschheide). Die Staaten allein, soviel ist sicher, werden die notwendige Nachhaltigkeit nicht schaffen, sie brauchen die Städte dazu – überall auf der Welt. Auch und gerade Lokalpatrioten können so produktive Weltbürger werden.

Im Großen, über die eigene Region hinausgehend, ist man nicht immer erfolgreich, auch das gehört zur modernen Demokratie. Dennoch sollte man sich die Möglichkeiten direkter Demokratie nicht ausreden lassen, so aufwändig sie sind. Erst kürzlich war das Bürgerbegehren für die Mitarbeiter des Bergmann-Klinikums mit 17.000 Unterschriften erfolgreich und wurde von der Stadt angenommen. Ein weiteres Bürgerbegehren gegen das Wuchern der Mietpreise wird vorbereitet, denn vergessen wir nicht den Titel des demokratisch beschlossenen Leitbildes: „Eine Stadt für alle.“

Solche Initiativen dürfen freilich nicht übereilt und unüberlegt ins Leere laufen, da bei großem Aufwand des Engagements die Enttäuschungen umso nachhaltiger wirken. Bürgerumfragen, Bürgerräte, Stadtforen, Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren und Volksentscheide sind je spezifische Instrumente von Bürgermacht in ihren verschiedenen Facetten: von Information über Empfehlungen und Vorschläge bis hin zu Entscheidungen.

Insbesondere die Brücke von der Beratung zur Entscheidung sollte vermehrt ausprobiert werden.

Diese Verfahren können potentiell alle etwas bewirken, weshalb man sie einführen und kennen sollte. Man sollte sie auch nicht gegeneinander ausspielen, sondern möglichst kombinatorisch verwenden, denn Demokratie ist komplex, anstrengend, vielstimmig und konfliktreich. Sie insgesamt in ihrer zivilen Komplexität zu erhalten und zu stärken, sollte unser Anliegen sein.



Ausblick

Sehr geehrte Leser:innen,

bis zu dieser Seite des Reports der WerkStadt für Beteiligung konnten Sie sich mit der Rückschau auf die Arbeit der WerkStadt in den Jahren 2015 bis 2021, unserem Fazit aus dieser Zeit und den Gedanken einiger Wegbegleiter:innen der WerkStadt zu unterschiedlichen Aspekten der kommunalen Beteiligungskultur befassen.

Wir möchten unseren Report mit der Frage abschließen, wie wir als Team der WerkStadt in die Zukunft blicken und welche Schwerpunkte wir in den kommenden Jahren in unserer Arbeit setzen wollen.

Wie bereits erwähnt, wollen wir Sie damit auch zu einer Diskussion einladen.

Beteiligungskultur ist nicht in Stein gemeißelt, sondern unterliegt einer stetigen gesellschaftlichen Debatte. Daran wollen wir teilnehmen. Das bedeutet auch, dass wir auf Ergebnisse, Erkenntnisse und Ereignisse in dieser Debatte eingehen und unsere Schwerpunkte hinterfragen und anpassen.

Wir freuen uns darauf, diese Gespräche mit Ihnen zu führen.

Zur Beantwortung dieser Frage ist es wichtig, sich bewusst zu machen, dass die WerkStadt aus zwei Teilen besteht: Die (verwaltungs-)externe WerkStadt nimmt einen zivilgesellschaftlichen und auf Bottom-up-Beteiligung orientierten Blick ein, während die (verwaltungs-)interne WerkStadt auf die Verwaltung und Top-down-Beteiligung blickt. Das bedeutet, dass einerseits die WerkStadt als Ganzes gemeinsame Schwerpunkte setzt, während andererseits ihre beiden Teile jeweils in ihren Bereichen auch eigene Schwerpunkte setzen müssen.

Daraus ergibt sich für unseren Ausblick eine dreiteilige Struktur: Welche Schwerpunkte setzt die WerkStadt als Ganzes? Welche die interne WerkStadt? Und welche die externe WerkStadt?

Was sind die Schwerpunkte der WerkStadt in den kommenden Jahren?

Welche Schwerpunkte setzt die WerkStadt als Ganzes?

Grundsätzlich strebt die WerkStadt an, eine diskriminierungskritische Beteiligungs- und Diskussionskultur zu fördern und strukturellen Benachteiligungen in der politischen Teilhabe aktiv entgegenzutreten. Hiermit werden wir uns noch intensiver auseinandersetzen und alle folgenden Schwerpunkte lassen sich auch immer unter diesem Gesichtspunkt verstehen.

Die WerkStadt wird sich für die Entwicklung von förderlichen Standards insbesondere im Hinblick auf Formen der Top-down-Beteiligung einsetzen. Diese sollen eine gute Beteiligungskultur langfristig fördern. Ein Beispiel dafür wäre, die durch die Verwaltung regelmäßig verwendeten Formate von Beteiligung (Versammlungen, Werkstätten, Dialoge usw.) aufzuarbeiten und darzustellen, welche Ziele die Formate verfolgen, worauf bei der Gestaltung und Durchführung zu achten ist und was Einwohner:innen von den jeweiligen Formaten erwarten können – und was nicht.

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Entwicklung von unterschiedlichen Möglichkeiten der Beteiligung auf digitalen Wegen sein. Hierbei kann es sich einerseits um eine Online-Plattform zur Beteiligung handeln, aber auch um die Frage, wie sich Formate der Beteiligung im Rahmen von digital stattfindenden Veranstaltungen gut umsetzen lassen. Außerdem wollen wir Lösungen entwickeln, wie sich digitale Formen und Präsenzformate der Beteiligung besser verbinden lassen. Damit sind nicht nur „hybride“ Veranstaltungen gemeint, die gleichzeitig online und in Präsenz stattfinden. Sondern auch die Frage, wie sich zum Beispiel die Verwendung einer Online-Dialogplattform sinnvoll mit vor Ort stattfindenden Formaten der Beteiligung verbinden lassen.

Auch Kinder- und Jugendbeteiligung soll einen Schwerpunkt ausmachen. Hier sieht sich die WerkStadt auch weiterhin in der Rolle mit den dafür fachlich aufgestellten Akteur:innen (Kinder- und Jugendbüro des Stadtjugendrings und Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung der Verwaltung) eng zusammenzuarbeiten. Vorrangig stellt sich die Frage, wie die Perspektive von Kinder- und Jugendlichen stärker in die Vielzahl von Beteiligungsprozessen in Potsdam einbezogen werden kann. Diese sind überwiegend vor allem aus der Perspektive von erwachsenen Personen geprägt. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg gibt uns aber mit dem §18 a zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen den ausdrücklichen Auftrag, Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Anliegen zu beteiligen. Daran werden wir intensiv mitarbeiten und zum Beispiel darauf achten, dass in allen Beteiligungsprozessen, mit denen wir befasst sind, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mitgedacht wird.

Gemeinsam wird die WerkStadt sich auch der Frage widmen, wie Top-down- und Bottom-up-Beteiligung besser mit der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung verzahnt werden kann. Die Arbeit der Stadtverordneten widmet sich dem Thema bereits in großem Umfang. Wir stellen jedoch die Frage, wie sich diese sehr wichtige Verbindung

noch weiter strukturieren, ausbauen und erlebbarer machen lassen könnte. Konkret geht es dabei zum Beispiel um folgende Fragen: Wie fließen Ergebnisse aus Prozessen der Beteiligung in die Entscheidungsfindung der Stadtverordneten und das Handeln der Verwaltung ein? Und wie sollen sich die Grundsätze der Beteiligung in Potsdam weiterentwickeln? Hierzu arbeiten wir intensiv mit dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung und dem Beteiligungsrat zusammen.

Die (verwaltungs-)interne WerkStadt widmet sich hauptsächlich der Arbeit mit der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam. Daher ist ihr Hauptaugenmerk die Top-down-Beteiligung.

In diesem Rahmen wird die interne WerkStadt auch weiterhin den Kolleg:innen der Verwaltung bei der Gestaltung und Durchführung von Beteiligung in einer beratenden Rolle zur Seite stehen. Hierzu gehört zum Beispiel das Aufzeigen von Möglichkeiten, wie sich Beteiligung gestalten lässt, worauf bei der Durchführung zu achten ist und wie sich die notwendige Organisation effizient und effektiv gestalten lässt. Da es in Potsdam stets eine Vielzahl an parallel stattfindenden Top-down-Beteiligungsprozessen gibt, handelt es sich hier um einen wichtigen Schwerpunkt. Der Umfang der jeweiligen Beratung erfolgt je nach Umständen in unterschiedlicher Intensität und muss von Anfrage zu Anfrage im Abgleich mit zur Verfügung stehenden Ressourcen abgestimmt werden.

Gleichzeitig ist die Entwicklung von förderlichen Strukturen für eine gute Beteiligungskultur ein unerlässlicher Schwerpunkt der internen WerkStadt. Hier handelt es sich um langfristig angelegte Ansätze, mit denen die Planung und Durchführung von Top-down-Beteiligung erleichtert und verbessert werden sollen. Dazu gehören zum Beispiel Maßnahmen, um einen ständigen Erfahrungsaustausch der mit Beteiligung befassten Kolleg:innen der Verwaltung zu ermöglichen, gemeinsame Standards zu entwickeln und umzusetzen und die langfristige und nachvollziehbare Einbindung von Ergebnissen aus Beteiligungsprozessen in das Entscheiden und Handeln der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung zu fördern.

Die (verwaltungs-)externe WerkStadt widmet sich der Arbeit mit der Potsdamer Zivilgesellschaft. Daher ist ihr Hauptaugenmerk die Bottom-up-Beteiligung.

Es wird daher auch weiterhin ihr Schwerpunkt sein, Menschen zu beraten, zu begleiten und zu unterstützen, die sich beteiligen möchten oder die selbst Beteiligung anstoßen wollen. Hierzu gehört zum Beispiel Initiativen von Einwohner:innen in Fragen der umsetzbaren Selbstorganisation und der wirksamen Einbringung ihrer Anliegen zu beraten. Oder Menschen dabei zu begleiten, an Prozessen der Betei-

Welche Schwerpunkte setzt die interne WerkStadt?

Welche Schwerpunkte setzt die externe WerkStadt?

ligung teilzunehmen, für die dies aus unterschiedlichen Gründen schwierig sein kann. Außerdem unterstützt die externe WerkStadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch durch die Moderation von Veranstaltungen oder das Bereitstellen von benötigten Ressourcen wie Versammlungsräume oder Veranstaltungsmaterialien.

Diese Beratung, Begleitung und Unterstützung erfolgt je nach Umständen und Bedürfnissen in unterschiedlicher Intensität und muss von Anfrage zu Anfrage im Abgleich mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen abgestimmt werden. Da es in Potsdam eine sehr lebendige Zivilgesellschaft und viele Anliegen der Beteiligung gibt, handelt es sich hierbei um einen wesentlichen Schwerpunkt.

Gleichzeitig will sich die externe WerkStadt auch der Gestaltung und Umsetzung von Projekten widmen. Diese Projekte sollen dazu beitragen, die Potsdamer Beteiligungskultur langfristig weiterzuentwickeln, die engagierten Menschen hinter der Beteiligung sichtbar zu machen und eine stetige Debatte zum Thema Beteiligung zu ermöglichen.

Ein wichtiger Schwerpunkt wird dabei die Öffentlichkeitsarbeit der externen WerkStadt sein. Hierbei werden besonders zwei Aspekte im Mittelpunkt stehen: Wissensvermittlung und Sichtbarmachung. Bei dem Thema Wissensvermittlung steht das Aufbereiten und Bereitstellen von speziell für Potsdam wichtigen Informationen in ansprechenden Formaten im Mittelpunkt. Die externe WerkStadt hat in ihrer Arbeit bisher stark auf die individuelle Beratung von Akteur:innen der Beteiligung gesetzt. Zukünftig soll das so vermittelte Wissen auch stärker allgemein übersetzt und abrufbar gemacht werden. Bei der Sichtbarmachung geht es um den Ansatz, dass in Potsdam sehr viel Beteiligung unterschiedlichster Art stattfindet und sich viele unterschiedliche Menschen mit Beteiligung befassen, sie gestalten oder an ihr teilnehmen. Dies wollen wir sichtbar machen. Auf diesem Weg wollen wir es leichter machen, sich mit Beteiligung zu beschäftigen und Zugang zu Beteiligungsprozessen zu finden.

Damit wollen wir unseren Ausblick auf die kommenden Jahre der Arbeit der WerkStadt abschließen und uns herzlich für Ihr Interesse an unserer Arbeit bedanken. Auch möchten wir Sie dazu einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und sich in die Debatte um die Fragen der Beteiligung einzubringen. Wir hoffen, Ihnen mit unserem Report dafür einen kleinen Anstoß geben zu können.

Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung.

Verwaltungsinternes Büro (Landeshauptstadt Potsdam)

Frau Ermert, Herr Mazloumian, Frau Pommerening
Telefon: 0049-331-289-1032, -1036 und -3421
E-Mail: Buergerbeteiligung@Rathaus.Potsdam.de
Bereich Partizipation und Demokratiewerk

Postanschrift:
Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Kommunikation und Partizipation
Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam
WerkStadt für Beteiligung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam



Verwaltungsexternes Büro (mitMachen e.V.)

Herr Kärsten, Herr Geisler, Frau Finzelberg
Telefon: 0049-331-27346161
Handy: 0049-176-80647350, 0049-176-80595777, 0049-176-80595509
E-Mail: wfb@mitmachen-potsdam.de
www.mitmachen-potsdam.de

Postanschrift:
mitMachen e.V.
WerkStadt für Beteiligung
Benkertstraße 13, 14467 Potsdam



